

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11, Křižanova 15. • Telefon: 26793, 31499. • (Nachdruck): 20707 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 26. Februar 1932

Nr. 49.

Borarbeiten für die 40 Stunden-Woche in Oesterreich.

Die Unternehmer zu Verhandlungen bereit.

Wien, 25. Februar. Heute mittags hat im Bundesministerium für soziale Verwaltung eine Enquete über die Forderung nach Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche begonnen. An dieser Enquete nehmen zahlreiche Vertreter des genannten Ministeriums, der Arbeitgebergewerkschaften und der Arbeiterorganisationen teil. Die Vertreter der Arbeiterschaft bezeichneten die vierzigstündige Arbeitswoche als wirksames Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Die Vertreter der führenden Arbeitgeberorganisationen erklärten, daß sie bereit sind, über diese Forderung zu verhandeln, um eine Herabsetzung der Arbeitslosenquote zu erzielen.

Minister Dr. Reich sagte das Resultat der Enquete dahin zusammen, daß sein Ressort zunächst allen Gewerbebetrieben die strenge Weisung geben wird, bei der Bewilligung von Überstunden auf das strengste vorzugehen. Ferner wird das Ministerium für soziale Verwaltung ein sechsgliedriges Komitee von Vertretern der Angestellten und Arbeitgeber einsetzen, das die heutigen Beratungen fortsetzt und konkrete Vorschläge zur Einführung der 40stündigen Arbeitswoche ausarbeitet wird.

Vom Waidmeißler zum Regierungsrat.

Schnelles Advancement Hitlers.

Braunschweig, 25. Februar. In Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die Braunschweigische Staatsregierung Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen. Sie wird Adolf Hitler bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beistehen, wo er ausschließlich die Interessen der Braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden.

In der amtlichen Verlautbarung des braunschweigischen Staatsministeriums über die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat heißt es, daß die Ernennungsurkunde heute von beiden braunschweigischen Ministern unterzeichnet worden ist. Hitler ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachberaters bei der Gesandtschaft beauftragt mit der besonderen Aufgabe, sich für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes und zur Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Der neue Regierungsrat wird gebeten, umgehend seinen Dienst anzutreten und den Dienstort zu leisten.

Durch die Verleihung des Titels eines Regierungsrates an Hitler wurde das letzte Hindernis beseitigt, das sich formal einer Kandidatur Hitlers auf den Präsidentenposten in den Weg gestellt hatte. Hitler überliefert der Braunschweigischen Regierung ein Schreiben, in welchem er Mitteilung macht, daß er sich entschlossen habe, nach besten Kräften (!) bestrebt zu sein, sein Amt ordnungsgemäß zu verwalten. Trotzdem ist jedoch zweifelhaft, in wie weit diese Ernennung mit der Ausübung des neuen Amtes verbunden ist. Die Braunschweigische Regierung hatte nämlich noch vor kurzem mitgeteilt, daß sie zum 1. April ihre Gesandtschaft in Berlin aufgeben beabsichtige, und es ist demnach sehr wahrscheinlich, daß auch zu diesem Tage das an Hitler verliehene Amt seine Rechtskraft verliert.

Die ungarischen Genossen für Parlamentsauflösung.

Budapest, 24. Februar. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses spielten sich im Sitzungssaal langanhaltende Sturmjournen ab. Kaum hatte der Präsident des Hauses die Worte „Ich eröffne die Sitzung“ gesprochen, sprangen sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete von ihren Sitzen auf und riefen ununterbrochen: „Lösen Sie das Parlament auf!“ u. a. Dem Vorsitzenden gelang es nur mit Mühe, die Ruhe wieder herzustellen. Die Vorschläge wiederholten sich im Laufe der Sitzung noch einmal.

Dem Chaos will Brüning nicht weichen.

Scharfe Auseinandersetzungen des Reichskanzlers mit den Hakenkreuzlern.

Berlin, 25. Februar. Unter allgemeiner Spannung nahm heute im Reichstag Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler geht zunächst auf die Außenpolitik ein, und führt dazu u. a. aus:

Wenn man Kritik übt an meinem Aussehen in Genf, so will ich vor allem ein ganz klares Wort grundsätzlich aussprechen: Ich werde mich nie dazu verleiten lassen, eine Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf Agitationsdürfnisse im Innern, wodurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährdet werden könnten! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit des Hauses.) Diese Stellungnahme wird in der Welt auch verstanden. Es würde aber eine ganz andere Kraft hinter dieser Politik stehen, wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte, in entscheidenden Punkten der Außenpolitik auf innerpolitische Auseinandersetzungen zu verzichten.

Im Memel-Gebiet kämpft eine tapfere, seit 700 Jahren deutsche Bevölkerung um die Wahrung ihrer autonomen Rechte und Erhaltung ihrer Kultur und Tradition. Er werde nicht zögern, Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die Umstände es im richtigen Augenblick erforderlich machen. (Beifall.)

Der Kanzler streift dann den russisch-polnischen Vertrag und die vorläufigen Zollunionspläne und verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß seine Genfer Abrüstungsrede nicht scharf genug gewesen sei. Der Führer einer Oppositionspartei habe einer amerikanischen Zeitung gegenüber erklärt, daß er den Ton seiner Rede in Genf zwar im allgemeinen nicht leiden könne, daß er aber den darin geäußerten Standpunkt, besonders auch im Hinblick auf die Abrüstung, als eine angenehme Ueberraschung empfinde. (Stürmischer Beifall.) Der Kanzler nennt nun den Namen des Ritters von Epp, worauf bei den Nazis neue lärmende Unterbrechungen eintreten, die mit Zurufen auch von der Regierungsbank beantwortet werden.

Das für die deutsche Zukunft und die deutsche Wirtschaft bedeutendste Problem seien die Reparationen. Brüning setzt sich gegen die diesbezüglichen Angriffe von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite scharf zur Wehr und erklärt dann, die Lösung der Reparationsfrage bilde die Voraussetzung der Verständigung auch über andere wirtschaftliche Fragen, die notwendig ist, damit wir zur Milderung der Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt kommen.

Die notwendige Belebung des Arbeitsmarktes zur Behebung der gegenwärtigen Not liegt voran, daß der lähmende Pessimismus weicht. Dieser Pessimismus werde gefördert durch die Art und Weise der politischen Agitation, die gegen Regierung und Staat getrieben wird. Die Reichsregierung sei immer für eine strenge aber gerechte Durchführung der Presseverbote eingetreten. Redner habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß es gegenüber einer sich noch so scharf gebärdenden nationalsozialistischen Bewegung nicht opportun sei, mit Maßnahmen und eine Politik vorzugeben, die an das Sozialistengesetz vergangener Jahre erinnern. (Minutenlang anhaltender Beifall.)

Reudel, den 25. Februar. Heute nachmittags marschierte die Arbeiterschaft des Reudeler Bezirkes in gewaltiger Zahl in der Bezirksstadt auf, um in einer wichtigen Kundgebung ihrer Entschlossenheit Ausdruck zu geben, die gegenseitigen Angriffe auf die sozialen Maßnahmen des Justizministeriums und die Versuche, die wirtschaftliche Not noch durch ein reaktionäres Regime zu verschärfen, mit allen Mitteln abzuwehren.

Schon ab ein Uhr kamen die geschlossenen Jüge aus den Ortschaften onmarschiert und versammelten sich auf dem Gemeindefestplatz, von wo aus sich um zwei Uhr ein mächtiger Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt über die Fabrikskolonie zum Kirchenplatz bewegte. Kopf an Kopf standen die Menschen — es waren nach einer vorläufigen Schätzung 6000 — als um halb drei Uhr Genosse Wader die Kundgebung eröffnete und dem Abgeordneten Genossen Kay das Wort erteilte, der die gegenwärtige Lage kennzeichnete und in leidenschaftlichen Ausführungen mit dem arbeitserfindlichen Treiben der tschechischen Agitatoren und ihrer Trabanten abrechnete. Für die Gewerkschaften sprach Ge-

nosse Ladit, der die Forderungen der Arbeitslosen und der arbeitenden Menschen kurz präziserte und vor allem das ungeheuerliche Verbrechen der Stilllegung der Rothau-Reudeler Eisenwerke anregte. Die spontanen Zustimmungskundgebungen und der stürmische Beifall, der den Ausführungen der beiden Genossen folgte, bewiesen eindeutig die Kampfesstimmung der proletarischen Massen des oberen Erzgebirges. Genosse Wader verlas dann eine Entschlieung, die einstimmige Annahme fand.

Demonstration und Kundgebung verliefen in vollkommener Ruhe und Ordnung. Die Kommunisten, die 500 bis 600 Leute aus der ganzen Umgebung zusammengetrommelt hatten, versuchten an einigen Stellen zu stören, wurden jedoch durch den gut funktionierenden Ordnungsdienst der R. W. daran gehindert. Ihre Absicht, die gewaltige sozialdemokratische Kundgebung für ihre Radandebürnisse auszunutzen, wurde unrichtig gemacht und so hinterließ der heutige Aufmarsch in der Bezirksstadt einen tiefen und nachhaltigen Eindruck.

Das bedeute aber nicht ein weiches Zurückweichen vor Drohungen. Sollten Sie (zu den Nationalsozialisten) etwa nach dem Erlaß des Reichswehrministers zu Methoden früherer Zeit zurückkehren oder sollten sich Mißbräuche in der Reichswehr ergeben, dann würden wir ebenso entschlossen wieder einen anderen Weg wählen. (Beifall bei der Sozialdemokratie, anhaltende lärmende Unterbrechungen bei den Nationalsozialisten und Kuse. Präsident Lohde erteilt mehreren Nationalsozialisten für unangeforderte Unterbrechungen und lärmende Zurufe wiederholt Ordnungsrufe.)

Wenn der Abg. Göbbels gesagt habe, die Reichsregierung sei schuldig an dem sich entwickelnden Bürgerkrieg, so sei das das stärkste Stück aus dieser ganzen Debatte. (Erneute Tumultjournen bei den Hakenkreuzlern.)

Die Rechtsopposition rede immer vom „System“ und meine dabei manchmal das System Brüning, manchmal das System des 9. November. (Rufe bei den Nationalsozialisten: Das ist das gleiche!) Dr. Brüning ruft erregt: Am 9. November 1918 war ich in der Gruppe Winterfeldt, die zur Ausrückung der Revolution gebildet worden war. Wenn der Abg. Rosenberg meine vaterländische Gesinnung verdächtigt (großer Lärm bei den Nationalsozialisten), so muß ich es ablehnen, darüber Belehrungen von einem Mann entgegenzunehmen, der in jener Zeit noch gar nicht entdeckt hatte, welches Vaterland er überhaupt hat! (Stürmischer Beifall der Mehrheit.)

Die Behauptung, daß er persönlich schuld sei an dem Reichsjustizabkommen einer Einheitskanzlei mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, müsse er in Uebereinstimmung mit allen dafür in Frage kommenden Stellen als eine bewußte Unwahrheit begehenden. (Stürmischer Beifall.) Er habe mehrfach dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten, um die Bahn freizumachen. Selbstverständlich wollte er seinen Posten nur verlassen, um

die Bahn für den Aufstieg freizumachen, aber nicht für das Chaos. (Beifall.)

Sie (nach rechts) jammern immer darüber, daß Sie nicht an die Macht kommen. Es sind unzählige Versuche in den letzten Jahren gemacht worden, mit den Rechtsparteien zusammen zu regieren. Wer klug ist im politischen Leben, braucht das zwar nicht so hart herauszuschreien, erlingt aber die Macht; die anderen nicht. (Händeklatschen und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wer eine Minderheitsregierung im Reichstag unterstellt, sichert sich auf alle Fälle dagegen, daß er völlig von jedem Einfluß ausgeschlossen ist. Die Deutschnationalen hätten es im Sommer 1930 in der Macht gehabt, auf diese Weise die Macht zu erobern.

Abschließend erklärt er, er werde alles daran setzen, daß Hindenburg weiter die Geschäfte des Volkes leiten könne.

Arbeiteraufmarsch in Reudel.

Reudel, den 25. Februar. Heute nachmittags marschierte die Arbeiterschaft des Reudeler Bezirkes in gewaltiger Zahl in der Bezirksstadt auf, um in einer wichtigen Kundgebung ihrer Entschlossenheit Ausdruck zu geben, die gegenseitigen Angriffe auf die sozialen Maßnahmen des Justizministeriums und die Versuche, die wirtschaftliche Not noch durch ein reaktionäres Regime zu verschärfen, mit allen Mitteln abzuwehren.

Schon ab ein Uhr kamen die geschlossenen Jüge aus den Ortschaften onmarschiert und versammelten sich auf dem Gemeindefestplatz, von wo aus sich um zwei Uhr ein mächtiger Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt über die Fabrikskolonie zum Kirchenplatz bewegte. Kopf an Kopf standen die Menschen — es waren nach einer vorläufigen Schätzung 6000 — als um halb drei Uhr Genosse Wader die Kundgebung eröffnete und dem Abgeordneten Genossen Kay das Wort erteilte, der die gegenwärtige Lage kennzeichnete und in leidenschaftlichen Ausführungen mit dem arbeitserfindlichen Treiben der tschechischen Agitatoren und ihrer Trabanten abrechnete. Für die Gewerkschaften sprach Ge-

Französische Wahlen — Europäisches Schicksal.

Nun ist mit der Betrauung Andre Tardieus die Regierungskrise in Frankreich, die knapp vor Torchluss ausgebrochen war, wieder beigelegt. Der eigentliche Chef der Kammermehrheit hat die Zügel wieder selbst in die Hand genommen und wird nun voraussichtlich die Wahlen machen, wenn ihm nicht in den wenigen Wochen noch ein Malheur zustoßt. Aber der in allen Sätteln feste Tardieu wird sich hüten, die riskante Frage der Aenderung des Wahlgesetzes nochmals aufzutischen, nachdem schon sein Blahhalter Cabal an ihr gescheitert ist.

Leider wird also nicht ein linkes, sondern ein rechtes Kabinett die Wahlen durchführen. Wenn nun auch Frankreich solchen Wahlmethoden nicht zugänglich ist, wie sie in Rumänien üblich sind, wenn auch die direkten Regierungseinflüsse in dem Lande alter parlamentarischer Kultur keine Rolle spielen, so ist es doch nicht unwichtig, wer als Regierender den ganzen Propagandaapparat der gesinnungslosen Riefenpresse zur Verfügung hat. Nicht gleichgültig ist es ferner, wie man den Wählermassen Rechenschaft über die ungeheure Tatfache gibt, daß im Staatshaushalte runde acht Milliarden Defizit kaffen. Eine Linkregierung, jezt knapp vor den Wahlen aus Kuder gekommen, hätte mit schonungsloser Offenheit das ganze verschwendetische Subventionenregime der offenen und der verkappten Tardieuregierungen bloßlegen können. Der eben ernannte Tardieu pufst seine Regierung als Sparministerium heraus, indem er sieben Ministerien eliminiert, nachdem das letzte, vor Cabals Blahhalterchaft, am Kuder gewesene Tardieukabinett die Monströsität einer Regierung von vierunddreißig Mitgliedern geschaffen hatte, nur um die schwankenden Gestalten der Mitte bei der Stange zu halten.

Die französische Reaktion, seit 1928 mit ephemerer Unterbrechungen am Kuder, hätte nicht die mindeste Aussicht in dem bevorstehenden Wahlkampf, wenn ihr nicht die Nationalistenkonjunktur in Deutschland zu Hilfe gekommen wäre. Alle Nachwahlen der letzten Jahre hatten gezeigt, daß die Linke, insbesondere die französische Sozialistenpartei, große Wahlerfolge erwarten konnte. Zwar hat sich die Grundstimmung der Wählerchaft nicht geändert, doch ist es der Reaktion gelungen, die Außenpolitik stärker in den Vordergrund zu rücken, da sie genau weiß, daß eine Wählerchaft, die nur nach innerpolitischen Gesichtspunkten entscheidet, ihr eine vernichtende Niederlage beibringen muß. Innerpolitisch hat die Reaktion verjagt, und zwar vor allem auf einem Gebiete, auf welchem jeder Staatsbürger, um wieviel mehr aber der König der Sparfameit, der Franzose, empfindlich ist. So wie die Angst um den Frank seinerzeit Poincaré aus Kude, brachte und ihm 1928 eine feste Kammermehrheit verschaffte, so würde heute die ungeheuerliche Ausblähung des französischen Staatshaushaltes die Nachfahren Poincarés hinwegsetzen, wenn sich nicht in der Außenpolitik großartige Aspekte für die französische Reaktion böten, die propagandistisch auszunutzen, sie nichts unversucht lassen wird.

Ihren Anfang nahm die Gegenoffensive der französischen Reaktion bei der Neuwahl des Präsidenten. Dem strapellosen Geschäftspolitiker Tardieu ist es damals gelungen, Briand auf das Glatteis der Kandidatur zu loden und er hat dafür gesorgt, daß Briand ausglitt und von jenem Tage an zum lebenden Leichnam wurde. Bis zum Wahlsiege von Verjaillés war keine französische Regierung während der letzten Jahre ohne Briand möglich, der zu einem Symbol für die Freiheitsbereitschaft der Nation geworden war. Vor einigen Wochen konnten ihn die Tardieu,

Lobal & Co. ausbooten, ohne daß die öffentliche Meinung darob sich sehr aufregt. Ihre Gerissenheit hat es verstanden, den Löwen von Locarno bei seinen menschlichen Schwächen zu packen und ihn dann, innerlich zerbrochen, zu erledigen. Mit der Beseitigung von Briand's Verjen war aber auch das Feld frei für die überlegte Fichtung des deutschen Nationalismus durch die Nadelstichpolitik Frankreichs in der Moratoriumsfrage und anlässlich der Abrüstungskonferenz. Der deutsche Nationalismus, der ja zum wesentlichen ein außenpolitisch bedingtes Gewächs ist, hat wiederum daraus Nutzen gezogen, insbesondere daraus, daß die französische Reaktion dem italienischen Faschismus das risikolose und unverbindliche Anbiederungsspiel an Deutschland so sehr erleichterte, indem sie Frankreich zum antideutschen Felsblock der Vertragsheiligkeit stempelte, obwohl die sehr intelligenten, aber wenig charaktervollen Herren um Tardieu ganz genau wissen, daß die Reparationsfrage viel weniger von dem Willen Deutschlands als von seiner objektiven Zahlungsfähigkeit oder Unfähigkeit bestimmt wird. Die drohende Dilemma aber ist für die französische Rechte der beste aller Wahlschlager. Der französische Kleinbürger soll verängstigt werden, er muß vor einer neuen Invasión zittern, dann wählt er den Mann der Rechten, der für Frankreichs Militärhegemonie ist und dafür, daß der Deutsche weiter zahlt. Es ist auch ein unbezahlbares Glück für die Reaktion in Frankreich, daß sie den Wegfall der deutschen Reparationen für das Loch im Budget verantwortlich machen kann, obwohl der Retrospekt der deutschen Leistungen nach Abzug dessen, was nach Amerika geht, noch nicht ein Viertel des Defizites ausmacht. Am leichtesten aber ist der Steuerzahler bei seiner Tasche zu packen.

Alle diese Chancen auf dem Gebiete der Außenpolitik hatten der Kammermehrheit nicht genügt, sie ihres Sieges bei den Neuwahlen voll zu versichern. Dazu versuchte sie die Wahlreform durchzuführen, die an Stelle der absoluten Mehrheit mit Stichwahl die relative mit nur einem Wahlgange setzen wollte. Damit wäre der Kompromißkandidat der Rechten von vornherein im Vorteile gewesen, da es unwahrscheinlich war, daß zwischen den beiden großen Gruppen der Linken, der Sozialisten und den Radikalen, gleich für den ersten und damit einzigen Wahlgang Kompromißkandidaturen zustande kamen, denn besonders bei den Radikalen besäßen Hemmungen, vor allem ideologischer Natur, zumal da die französische Sozialistenpartei einen Teil ihrer Nachwählerfolge auf Kosten der Radikalen errungen hat.

Dieser Angriff der Reaktion ist nun abgeschlagen. Für den zweiten Wahlgang, die Stichwahl, aber ist ein Kompromiß zwischen den linken Hauptparteien insofern leichter, als in der Größe der beiderseitigen Stimmenzahlen bereits eine sachliche Grundlage für die Nominierung des einen oder des anderen Kandidaten gegeben ist.

Der Ausgang der französischen Wahlen ist von einschneidender Bedeutung für die Gestaltung der europäischen Politik der nächsten Zeit, so, man kann ruhig sagen, daß von ihnen

und den Wahlgängen in Deutschland, die etwa zu gleicher Zeit stattfinden, das europäische Schicksal abhängt, nicht zuletzt auch das der Abrüstungskonferenz, deren ersprießlicher Verlauf bis nun wohl in erster Linie durch die französischen Vorschläge, ausgearbeitet und unterbreitet von einer reaktionären Regierung gefährdet wurde. Der Gedanke der neuen zusätzlichen Armee ist so monströs, daß man dabei fast an Sabotageabsichten glauben mußte.

Durch das zeitliche Zusammenfallen so wichtiger Wahlenentscheidungen, wie der französischen Kommunalwahlen, der Reichspräsidenten- und Preußenwahlen, scheint der Knoten der Entwicklung in dieser Frühjahr geschürzt. Die Kräfte, die gegen die friedliche Verständigung der Völker arbeiten, sind ungeheuer stark, sie haben sich in dem Friedensvertrage, der gefättigte und hungrige Staaten schuf und gegeneinanderstellte, den furchtbarsten Automatismus für ihre dauernde Macht geschaffen. Dies darf uns aber nicht verzagen lassen und so richten wir unsere Blicke hoffnungsvoll auf unsere französischen Genossen, die in diesen Wahlen nicht nur eine innerfranzösische Tat zu vollbringen haben, sondern zugleich auch ein Werk von europäischer Bedeutung.

Mächtige Eisenbahnerkundgebung in Prag.

Prag, 25. Feber. Die im Zentralvertrauensmännerauschuss vertretenen Eisenbahnerorganisationen hatten für heute um 18 Uhr eine Plenarversammlung der Eisenbahnerarbeiter und Beamten der Direktionen Prag-Süd und Prag-Nord einberufen. Der große Saal des Radiopalastes in Prag war überfüllt.

Als erster Redner sprach der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Raly.

Er führte aus, daß man den Eisenbahnern nach der Streichung der Weihnachtsermüdung kaum noch zuzumuten könne, einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebenslage zuzustimmen. Er wandte sich insbesondere gegen die hohe Bürokratie, die jede Verbesserung der Lage der Arbeiterhelfer und niedriger Beamtenschaft hinterziehe, weil sie für ihre eigenen Privilegien fürchtet. Die Krise der Eisenbahnen könne nur überwunden werden, wenn es gelingt, den „Finanzballast der C. S. D.“, die übergroße und unnütze Bürokratie, über Bord zu werfen.

Nach den Vertretern der Organisationen der Lokomotivführer, der Beamten und der tschechisch-merikalen Eisenbahnerorganisation (Der Sekretär der letzten Organisation versuchte, ohne den Beifall der Versammlung zu finden, für Vater Sramel eine Lanze zu brechen) kam dann

Abgeordneter Genosse Grünauer zum Wort.

Die Voraussetzung jedes erfolgreichen Handelns, führte Genosse Grünauer unter allgemeinem Beifall aus, sei die Solidarität. Der Verband der Eisenbahner hat stets nach diesem Grundsatz gehandelt. Solidarität müsse aber nicht nur unter den Kroteltern einer Berufsgruppe herrschen, die Solidarität aller Arbeiter sei die Hauptbedingung für jeden erfolgreichen Kampf. Gen. Grünauer wendet sich nun scharf gegen alle Bestrebungen, die auf die weitere Verschlechterung der ohnehin unsagbar elenden Lage der Arbeitlosen abzielen.

Die Aussichten unserer Genossen sind so glänzend wie nie vorher. Wenn Befürchtungen auf der Linken laut werden, so gelten sie für die kleinbürgerlichen Radikalen, die eigentlich überlebt sind und tatsächlich nach links dauernd an unsere Genossen, nach rechts an die verschiedenen gemäßigten Konglomerate verlieren. Bis nun aber sind die Radikalen von größter Wichtigkeit für jede Linksmehrheit, da ein allzu starker Einbruch gemäßigter Parteien in die Wählerlader der Radikalen den schönsten Wahlerfolg der Sozialisten wirkungslos machen könnte. Unsere Genossen, die bisher etwa 1.7 Millionen Stimmen zählten, hoffen von den Kommunisten und von den Parteien rechts von ihnen je etwa 500.000 Stimmen zu gewinnen. Ob sich dies aber in einer entsprechenden Steigerung der Mandatziffern ausdrückt, ist fraglich, da das Einmannwahlrecht in Frankreich (ähnlich dem unsern vor dem Kriege) keine verhältnismäßige Aufteilung der Sitze garantiert.

Der Partei Jean Zaurès, die die schwere Spaltung überwinden hat, und nun, frei von allen lästigen Fesseln unerwünschter Mitverantwortung in den Kampf geht, gelten unsere besten Wünsche zum Siege ihrer Menschheitsache! Carl Robert Schwarz.

Die Krise der Eisenbahnen sei nicht nur eine rein konjunkturelle, sondern eine Strukturkrise per se. Durch die technischen Fortschritte ist das ganze Verkehrsnetz revolutioniert. Die Eisenbahn befindet sich im schärfsten Konkurrenzkampf mit Auto und Autobus. Es gilt, ein neues Verkehrsnetz zu schaffen, nicht um das Rad der Entwicklung rückwärts zu drehen, sondern um Tausenden und Zehntausenden Eisenbahnern und ihren Familien die Existenz zu sichern. Das ist aber nur möglich durch Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Kampfkraft des Proletariates!

Als letzter Redner sprach der tschechische Genosse Abgeordneter Probecky.

Als noch dem Unsturz die Eisenbahnen in einem vollkommen desolaten Zustand waren, da waren es die Eisenbahner, nicht aber die hohen Herren, die heute an der Spitze der Verwaltung stehen, die das Verkehrsnetz wieder aufgerichtet haben! Die Bürokraten können ein Unternehmen nur so lange leiten, so lange es von selbst geht. Heute sind durch die Unfähigkeit der hohen Bürokratie 180.000 Familienväter in der Gefahr, ihre Existenz zu verlieren. Diese Gefahr gelte es abzuwenden. Nur die festgesetzte Solidarität und die strenge Disziplin der 150.000 in den koalitierten Verbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten vermag es, den ungleichen Kampf gegen die Administrative siegreich zu gestalten!

Der Kampf der Eisenbahner ist der Kampf der gesamten Arbeiterklasse, die heute an allen Fronten des Klassenkampfes im erbittertesten Kampf gegen die Ausbeuter und deren beamtete und nichtbeamtete Auftraggeber steht. Weil jeder Misserfolg irgendeines Teiles der Arbeiterschaft die Ausbeuter auf der ganzen Front ermutigt, muß die ganze Arbeiterklasse den Kampf der Eisenbahner als ihren Kampf betrachten und ihn mit ihrer gesamten politischen Macht unterstützen!

Abchluss der Bankendebatte im Auschuss.

Das Schicksal der Abänderungsanträge wird erst nächste Woche entschieden.

Prag, 25. Feber. Die Debatte über das Bankengesetz wurde heute nachmittags im verfassungsgesetzlichen Ausschuss beendet. In den nächsten Tagen wird der Referent die eingebrachten Abänderungsanträge, die in die Hunderte gehen, sichten, worauf Dienstag ein Koalitionsauschuss zur Beschlußfassung über das Schicksal dieser Anträge zusammentreten soll. Erst bis hier Klarheit geschaffen ist, wird der Verfassungsausschuss neuerdings einberufen werden, um die Abstimmung über die Vorlage vorzunehmen. Dann muß sich erst noch der Budgetauschuss mit der Vorlage befassen.

Längere Debatten entspannen sich bei der Beratung der beiden letzten Teile der Vorlage (Behandlung der sanierten Banken und Schlußbestimmungen) über die Artikel, die fünf Jahre vom Zeitpunkt der Sanierung die Kündigung der Verträge der leitenden Funktionäre einer sanierten Bank ermöglichen und ein Regrecht für die erhaltenen Konten, Gewinnbeteiligungen und Provisionen sowie für übermäßige Dienst- und Ruhebezüge statuieren. Der Referent setzt sich für die Abkürzung der fünfjährigen Frist für die Kündigungen ein.

Herr Krumpo kommt mit der Forderung, die Bestimmungen über die Kündigung im Falle einer Liquidation auch auf die übrigen Angestellten der Bank auszudehnen, und verweist auf die Liquidation der Volksbank in Veitmeritz, wo angeblich die Abfertigungssummen für die Angestellten zur Befriedigung der Ansprüche der kleinen Einleger genügt hätten.

Genosse Schweigha.

tritt diesen äußerst angelegentlichsten Anträgen Krumpo entgegen und erklärt, wenn sich die Vertreter der bürgerlichen Interessen über harte Bestimmungen in diesem Bankengesetz beklagen, besonders gegen leitende Direktoren und Vorstandsmitglieder, übersehen sie, was der Kapitalismus heute mit den Arbeitern macht, die in dem Moment, wo der Unternehmensprofißt sinkt oder aufhört, sofort in ihren Löhnen gekürzt und auf die Strafe geworfen werden!

Es geht nicht an, daß der Staat die Verluste des Bankenkapitalismus deckt, während der Kapitalismus nur die Gewinne einstreicht. In einer Volens mit Krumpo erklärt Redner, man müsse in den Banken diejenigen Posten schneiden, die keinen Einfluß haben. Das Beispiel der Deutschen Volksbank in Veitmeritz passe nicht auf die Großbanken.

Grundsätzlich des Regresses sieht der Referent auf dem Standpunkt, daß die Prokuristen nicht als leitende Beamte angesehen seien, namentlich nicht in den Filialen. Auch die Haftung der Ehegatten geht ihm zu weit, weil sonst ein Bankbeamter eine vermögende Frau überhaupt nicht mehr bekommen würde.

Stark unstritten ist Artikel 41, der bis Ende 1932 der Regierung die Ermächtigung gibt, im unabweislichen öffentlichen Interesse die subsidiäre Haftung für die Einlagen einer Bank zu übernehmen, die unter Staatsaufsicht gestellt wurde, um die kleinen Einleger zu schützen oder Betriebsstilllegungen zu verhindern. Dr. Hodač beantragte, diese Bestimmung auf öffentliche Institute zu beschränken; der tschechische Genosse Markovitz verlangt zumindest einen einstimmigen Beschluß des Ministerrates.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrle

„Freilich sind die Deutschordenen da!“ unterbricht Ziska. „Wo sind sie nicht, diese Hunde?“ „Das hab ich ihnen auch gesagt. Auf den Allen ichien's mächtig Eindruck zu machen, obwohl ich keinen Schimmer von dem verstand, was er zwischen den blauen Lippen kispelte. Der Jüngere dagegen, der den Dolmetsch spielt gab an, daß die Hände zitterten! „Alle Mädelchen dieses verdammten Lebens werde ich aufdecken! Ausmitten werd ich und ihn mit seinen ureigensten Waffen schlagen!“ — Ich konnte keinen Redeschwall nicht allzulange mit anhören. Junger Mann, fragte ich ihn, hast du dir für die Ausmitterei und den unterirdischen Kampf auch genügend Geld in denbeutel getan? Er klopte mich aus seinen blauen, schnapsgelächelten Augen so entvorfend verständnislos an. „Geld?“ jagte er. „Wenn wir Geld hätten, Herr, so wären wir nicht Litauer!“ — Ohne Geld kommt ihr aber nirgends an, ihr zwei, wo nit wollt ihr denn die Audienturen schmieren? — Das meinte das Kind: „Wir haben was aus Litauen mitgebracht, das besser ist als Geld. Ein — für den König, wie noch niemand eins hat!“ — Ich jagte: Herr Jullus, laß leben! — Er jagte: „Zu leben ist nichts; denn es steht eingepöfelt im Hag!“ — Im Hag? Zum Teufel, was ist's denn? — „Das seltenste Tier, das in unsern Wäldern lebt, ein Ur. Herr Blod. Verzeihung, Bonas Wyntaus, hat es selbst in Bielowsk gejagt und kender's dem römischen König zum Pfande seiner Verehrung!“ — Ich jagte: Mit demselben Erfolg hästet ihr eine wilde Kuh einpöfeln können! Ja, was euer Ur goldene Hörner hätte oder zumindest eine goldene

Quaste am Schwanz. So aber, wenn kein Gold drin ist, wird Herr Sigmund euer litauisches Fraß höchstwahrscheinlich über'n Mist stülpen lassen! — „Und dafür schleppen wir das verfluchte Ding, das Perunas zerpalten möge, drei Monate hindurch auf unseren Wägen mit und herumeln der ganzen Welt Straßen. Zu vier-mal sind uns die Achsen gebrochen!“ — Das hästet ihr früher bedenken sollen! jag ich. — „Ach was!“ schreit er. „Wenn wir bedächten, wären wir nicht Litauer!“ Dann, milder geworden, fragt er: „Weißt du nicht, Herr, wo es hier einen Krupnik, einen anständigen Honigschnaps gibt? Das deutsche Bier, das Perunas zerpalten möge, ist zwar süßig, aber 's macht Dummich!“ — Ich jagte nein, ich wüßte nicht, wo es einen Krupnik gäbe. — Sagt er: „Schade, denn wenn es in Konstanz Honigschnaps gäbe, würden sämtliche litauischen Herren ihre Schweinefälle im Stroh lassen und hier beim Konzilium die Posten in den Trog logen!“ — Habt ihr viele Herren in Litauen? frag ich. — „Ach was“, schreit er und schüttet einen neuen Pflaumenschnaps ein, „wenn wir Herren hätten, wären wir nicht Litauer!“ Derweil sah der Alte ganz still dabei und knautschte an seinem erbärmlichen Schnurbart, und seine Augen sind umhergeschossen, da, da, da, wie ein paar graue Rager, die ihr Wunder noch nicht finden. Schließlich hat er doch wieder ein paar Worte gelispelt, es knautsch, wie wenn eine uralte Ratte am Speck schmatzt, und der Junge sagte, der Alte läßt fragen, ob es wahr sei, daß man das ganze Konzilium laufen kann? — Nicht so laut! hab ich gesagt. Ich habe zwar in Konstanz noch keine Tagtadel gesehen, aber ich bin über vierzig Jahre alt, die Fährte der Weisheit sind mir gestochen, ich kenne den Lauf der Welt, und ich weiß, daß es kein Ding gibt, das nicht seinen Preis hätte und das nicht irgendwie erwerbbar wäre! — Da zeigt wieder Jullus seine Stocköhne, rüchtige Pferdegebäue mit Maßflächen und mit runden schwarzen Löchern darin, reißt

den Rachen auf wie ein Hengst in der Brunst und wiehert los: „Wenn die Felgen so stehen hier im Konzilium, Herr, warum laßt ihr Böhmern dann nicht euren Haß los?“ — Könnt euch denken, Herren, ich bin nicht schlecht erschrocken. Kann der Hund bellen und Gedanken lesen? denk ich, oder was ist sonst los? Laut aber sag ich: „Hi! Hi! Maul zu! Redet euch nicht um den Kopf!“ — „Ach was“, sagt er, „wenn wir Köpfe hätten, wären wir nicht Litauer! Aber du bist mir noch immer die Antwort schuldig: Warum laßt ihr Böhmern die frommen Väter nicht?“ — Ich jagte: Weil wir so geschiet sind, nicht Wein in ein Faß ohne Boden zu schütten! Da kauft er noch einen Schnaps und laßt: „Das Perunas alle Pfaffen spalten möge!“ Ich tu ihm Bescheid. — „Er“, fragt er noch, „haben die verwaissten Väter schon einen neuen Papst gewählt?“ — „Rein, jagt ich, da wäre erst not, daß sie den letzten der drei alten entziehen.“ — „Gut, daß sie noch papstlos sind, da kann ich ihnen doch meinen Spruch an die Konklave-Lür schreiben!“ — „Kannst du überhaupt schreiben?“ frag ich. — „Ach was, wenn wir schreiben könnten, wären wir nicht Litauer!“ — Aber deinen Spruch kannst du hoffentlich auswendig? frag ich. — „Was wird Jullus seinen Spruch nicht auswendig können!“ jagt er und erkennt noch einen Schnaps. — „Früh ausgepackt damit, raus aus dem Pöfelfaß! Wie heißt er? — Tut der Kerl den Mund auf, jagt: „Höre, Christendöf!“ so heißt er. Dein Papst wird sich einschleichen wie ein Fuchs, regieren wie ein Tiger, leben wie ein Schwein und sterben wie ein Hund!“ — Mir war's genug; denn die von den andern Tischen schauten, und es war einer da, ein Ömüger Dolmetsch, dem ich nicht über'n Weg traue. Ich hab tavfer gemacht, daß ich loskam, hinauf in die Gasse. Uebrigens, eh' ich's vergesse, morgen zwischen Tisch und Vesper, wollen uns die Herren auffuchen!“

„Hör mal, Konstantin, wie sieht denn dieser Liebhaber des Pflaumenschnaps aus?“ „Ein Geierkopf. Eine Nase, die von allem, was sie berührt, abhaben will. Aber kein Geier mehr, der fliegt, nein, einer, dem die Flügel im Not schleifen. Lütig sieht er aus. Wenn ich nicht wüßte, daß er Litauer wäre, würde ich glauben, er sei ein Deutscher.“ „Hast du seine Hände sehen können?“ „Ja.“ „Scheiß nicht an der Linken der Daumen?“ Der Notar befinnt sich. Dann zerkniet ihm ein Lächeln die Rockdenksalteln: „Du hast recht. An der Linken steht etwas, erst jetzt fällt's mir auf. Sie ist so merkwürdig schattig. Aber es es der Daumen ist, wo ich nicht zu beschwören.“ „Doch, es ist der Daumen!“ „Kennst du den Ritter?“ „Einen Jullus von Trafen kenn ich nicht, aber ich kenn einen Jullus von Memel, den, wie er selber sagt, Perunas zerpalten möge, und der diesem Jullus so ähnelt, wie die Kröte der Badde.“ „Kennst du ihn im Guten?“ fragt schläfrig Duba. „Ja, so im Guten, daß es mich jetzt, nach elf Jahren noch, juch, ihm die Hirnschale mit einer Eisenstange zu streicheln!“ „Aha, kein Litauer?“ „Rein, ein Wahlitauer, ein verkommenner Deutscher. Einer, den der Orden mit Schimpf und Schande in die Wälder jagte, und der seit Jahr und Tag davon lebt, dem Orden auf seine Art heimzuzahlen!“ „Dennoch müßten wir ihn doch nützen können?“ „Ja, er kann uns so nützlich sein, wie der Hundstaiel dem Berber. Rühlich, aber stinkt.“

(Fortsetzung folgt)

NICHT NUR IHRE FRAU

AUCH SIE SELBST

und Ihre ganze Familie hätten
Freude an der „Unserbedürfnisse“

BESTELLEN SIE

das gute Wochenblatt sofort,
es ist!

UNGLAUBLICH BILLIG!

Einzelheft 30 Heller in jeder
Trafik. - Vierteljahrspreis mit
Postzusstellung ins Haus K 6 7.50.

VERWALTUNG: PRAG II., NEKAZANKA 18.

Gegen die zahlreichen Ermächtigungen, die der Regierung in den Schlussbestimmungen gegeben werden, erhob sich von vielen Seiten Widerspruch. Die deutschen Nationalsozialisten gehen so weit, die Bestimmungen über die Einsetzung eines Vertrauensmannes oder eines Verwaltungsausschusses durch das Finanzministerium als die Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft an die tschechische Verwaltung hinzustellen.

Genosse Schweichhart legte großes Gewicht darauf, daß die Bestimmungen über die Einführung von Betriebsausschüssen in den Betrieben zwingende Form erhalten. Auch die anderen sozialistischen Parteien setzten sich entschieden dafür ein.

Zum Steuerantrag der tschechischen Sozialdemokraten wird mitgeteilt, daß es sich nicht um die Einführung einer neuen Steuer handelt, sondern um eine Sicherung der Bezahlung der direkten Steuern. Jedem, der einen Kapitalertrag hat, wird 10 Prozent dieses Ertrages abgezogen und er erhält dafür eine Quittung, die er zur Bezahlung seiner Steuern verwenden kann. Steuerzahler, welche ihre Steuern ordentlich entrichten, werden also dadurch nicht belastet. In der Begründung des Antrages ist übrigens eine interessante Tabelle über die Beteiligung der einzelnen Einkommensarten an der Steuerleistung beigefügt.

Wohnen Mittern Schäften C.S.M. in Prozenten

| | 1914 | 1920 | 1927 | 1927 |
|----------------|-------|------|-------|-------|
| Grund | 10.18 | 26.— | 14.51 | 16.74 |
| Gebäude | 7.93 | 2.5 | 1.20 | 1.48 |
| Unternehmungen | 31.19 | 34.7 | 23.81 | 25.77 |
| Löhne | 37.43 | 30.3 | 55.86 | 55.77 |
| Kapital | 11.86 | 5.4 | 3.47 | 3.11 |
| And. Einkommen | 1.42 | 1.1 | 1.15 | 1.11 |

Daraus ergibt man zweierlei. Einmal den hohen Anteil der Lohnarbeiter an der Leistung der Einkommensteuer, der mehr als die Hälfte der gesamten Steuerleistung besteht. Dann den Vergleich zwischen den Jahren 1920 und 1927, woraus hervorgeht, daß infolge der Steuerreform die bestehenden Klassen die Leistungen auf die arbeitenden Klassen abgewälzt haben.

Sparmaßnahmen im Parlament. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses nahm heute zu dem Ersuchen des Finanzministeriums Stellung, im Budget für 1932 weitere Ersparungen zu erzielen; es sollen 17 Prozent der geplanten Einnahmehausgaben eingespart werden. Ferner wurde der Beschluß des verfassungsbrechenden Ausschusses zur Kenntnis genommen, die Frist zur Beratung des Bankengesetzes um zehn Tage zu verlängern. Bemerkungen des Hauses wurden vorläufig nicht in Aussicht genommen.

Arbeitsloses Einkommen. „Kär. Osv.“ rüdt einer der unerschämtesten Forderungen der bürgerlichen Rechtspreß, die Forderung nach Einführung der Arbeitspflicht mit der Begründung, daß Hausierer und Richtiger nicht auf Kosten der Arbeitenden genährt werden dürfen, im gestrigen Vortragsartikel energisch zu Leibe und stellt ferner die Frage nach dem Wert der Arbeit derjenigen, in deren Hände die Leitung der Wirtschaft gelangt. „Aber wo es zu befehlen, daß demjenigen, der aus Gründen, welche von ihrem Willen unabhängig sind, aus der Produktion ausgeschaltet wurden, ein Anspruch auf einen Anteil am gesamten Volkseinkommen zusteht? Je weniger Religion besteht, dieses Recht anzuerkennen, um so schärfer äußert sich auf der anderen Seite die Kritik an Einkommen aus dem Kapital, welches durch das Einwirken der großen Zahl Arbeitender entsteht und wächst, welchen man kein Recht darauf einräumt. . . . Niemand mehr wird heute die Kritik an einem Kapitaleinkommen aufhalten, welches in schreiendem Kontrast zur Arbeit derselben steht, die davon leben und damit wirtschaften. Die Verfallung einer kollektiven Entstehung des Volkseinkommens ist heute bereits eine Sache der primitivsten volkswirtschaftlichen Bildung. Wenn die allgemein bekannte Massenerhebung dazu kommt, daß mit diesem kollektiv geschaffenen Reichtum Einzelpersonen oft ohne Kontrolle und Verantwortlichkeit, ohne Weisheit und Fähigkeiten und ohne die geringste Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen des Ganzen, ohne dessen Heil und weit verzweigte Wirkung kein Einkommen möglich wäre, wirtschaften, wird es klar, daß die Ablehnung der Ausbeutung fremder Arbeit sich immer mehr gegen jene richtet, die die Produktionsmittel und das Finanzkapital beherrschen. Es ist kein Zweifel, daß viele von ihnen arbeiten und viel arbeiten. Die ständige Quelle des Reichtums auf Einkommen ist jedoch nur eine Arbeit, die allen Nutzen bringt und in irgend eine Weise eine solche, die oft nur einer wachsamartigen Profitgier auf Kosten anderer gleicht, die für sich und andere arbeiten.“

Die Besitzklassen müssen die neuen Steuern tragen!

Genosse Dr. Heller gegen die unglaubliche Engstirnigkeit der bürgerlichen Parteien.

Prag 26. Februar. In seiner gestrigen Rede im Senat, die wir bereits ausführlicher würdigten, erinnert Genosse Dr. Heller daran, daß das Gesetz vom Jahre 1927 über die Reform der direkten Steuern zum guten Teil mit die Ursache für die heutige schwere Finanzkrise des Staates ist. Das erwähnte Gesetz hat in verantwortungsloser und verbrecherischer Weise die Einnahmen des Staates zu Gunsten der Unternehmer gefördert und ihnen Steuernachlässe gewährt, die in der Zeit der Prosperität für den Staat vielleicht noch erträglich waren, die sich aber in der heutigen Krise für ihn und namentlich für die Selbstverwaltung verberlich auswirken. Ungefähr fünf Milliarden betragen heute die Steuerrückstände. Hunderte Millionen Rückstände sind dabei bei Beamten, die sehr gut zahlen könnten!

Milliardengeschulden wurden so mit Hilfe der Steuerreform den Großunternehmern gemacht, und nun kommen die Herrschaften, namentlich die agrarischen Parteien, und versuchen, den Staat, dem sie diese Milliarden leichtfertig entzogen haben, auf Kosten der Arbeitslosen zu sanieren!

Genosse Heller stellt fest, daß im Jahre 1931 für alle Zweige der Arbeitslosenunterstützung 450 Millionen ausgegeben wurden, etwa K 4.— pro Tag für eine Arbeitslosenfamilie. Und da getrauen Sie sich (zu den bürgerlichen Parteien), gegen die Art der Arbeitslosenfürsorge in unserem Staate derart aufzutreten wie in letzter Zeit? Gegen diese minimalen Beträge, welche unsere Arbeitslosen bekommen, laufen Sie noch Sturm?

Das zeigt Ihre ganze soziale Rücksichtslosigkeit, Ihren ganzen Haß, den Sie der Arbeiterschaft entgegenbringen.

Das alles verdirbt sich unter den unethisch maßlosen und hahnenfälligen Angriffen gegen den Fürsorgeminister.

Der einzige Staat, der die Arbeitslosenfrage mit der Gendarmerie lösen will, ist die Tschekoslowakei.

Denn sonst in keinem Land wird die Gendarmerie in den Dienst der Kontrolle der Arbeitslosen gestellt. Warum wir uns dagegen wenden? Sehr einfach: weil die Gendarmen nicht jenes soziale Empfinden haben und haben können, um derart heftige und schwierige soziale Fragen zu lösen, sondern weil sie zur Kontrolle der Arbeitslosenfürsorge absolut ungeeignet sind! Die geeigneten Organe hierfür sind die sozialen Kommissionen bei den Bezirksverwaltungen und

wir fordern mit aller Entschiedenheit, daß künftig über die Frage, ob die Arbeitslosenunterstützung jemandem zukommt oder nicht, ausschließlich diese sozialen Kommissionen zu entscheiden haben.

Die schlimmsten Mißstände sind in den ländlichen Gegenden vorgekommen, wo die agrarischen Gemeindevorsteher Ernährungskarten den Söhnen und Töchtern der Bauern gegeben haben, und den Besitzern, wo die Bezirksbehörden die Karten zur Verhütung der Beute verteilt haben. Dafür den Minister für soziale Fürsorge verantwortlich zu machen, ist eine maßlose Dummheit!

Kobner wendet sich dann gegen den einseitigen Standpunkt, daß Saisonarbeiter keinen Anspruch auf Unterstützung haben sollen, wenn sie im letzten Jahr wenigstens fünf Monate Arbeit hatten. Heute kann der Saisonarbeiter in dieser Zeit unmöglich soviel verdienen, daß er das ganze Jahr mit seiner Familie davon leben kann. Die Bauarbeiter haben früher im Winter Arbeit in den Industrien gefunden. Das ist heute unmöglich. Soweit sie am Lande leben, trägt ihre kleine Wirtschaft teinesfalls so viel, um sie über den Winter durchzuhalten. Die zweite Kategorie, der man die paar Kronen Unterstützung nicht gönnt, sind die probierten Bergarbeiter, die Pensionen von 80 bis höchstens 120 Kronen monatlich haben. Alle diese Leute mühten sich früher noch etwas dazu verdienen, um leben zu können; das ist heute unmöglich. Sie sind also ebenso arbeitslos wie die anderen und auch ihnen gebührt die Unterstützung!

Kobner hält dann den bürgerlichen Parteien vor, daß sie die Vorlage über den Rotfonds ablehnen, der ihnen doch gerade die Grundlage für eine Regelung und Kontrolle bieten würde. Das ist ein Widerspruch. Aber Sie sind dagegen, weil dadurch eine neue Belastung der Industrie und des Gewerbes eintreten würde.

Die Notlage der Industrie besteht wohl, wie wir an den Betriebsstellungen und der Arbeitslosigkeit sehen können. Aber eine Notlage der Industriellen besteht nicht. Noch nie war der Luxus und die Prasserie unter den Kreisen des Bürgertums so groß, wie jetzt. Geben Sie an die Arbeiter oder nach St. Moritz, und dort werden Sie die „ausleidenden“ Industriellen finden, die sich weigern, für die Arbeitslosenunterstützung auch nur das Geringste herzugeben.

Hier kann man von einem Rotfonds nicht sprechen; im Gegenteil: wenn die Staatsfinanzen einer Aufrechterhaltung bedürfen, dann sind in erster Reihe diese Kreise berufen, dem Staat zu geben, was er braucht!

Neben dem Rotfonds ist es vor allem die Arbeitszeitverkürzung, die wir mit aller Entschiedenheit fordern, weil dadurch Zehntausende von Arbeitern wieder Lohn, Beschäftigung und Brot finden würden.

Wir fordern auch den Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Die letzten bewilligten 30 Millionen sind zu wenig;

außerdem können viele Gemeinden ihrerseits die Beiträge hierzu nicht mehr aufbringen. Wir haben bei Teplitz die Gemeinde Koste n mit 6000 Einwohnern, davon 2000 Arbeitslosen. Das ist eine Not, die zum Himmel schreit!

Vor ein oder zwei Jahren konnten die Gemeinden zu der staatlichen Ernährungsaktion noch Zuschüsse leisten, heute können sie es nicht mehr und so sollen die Arbeitslosen von den 10 oder 20 Kronen wöchentlich aus der Ernährungsaktion leben, und auch die wollen Sie ihnen noch wegnehmen! Wundert es Sie, daß unsere Zeitungen voll sind von Einbruch, Diebstahl und Raubüberfällen? Treiben Sie die Leute nicht zur Verzweiflung!

In der letzten Zeit hat sich auch noch ein Teil unserer Staatsbeamten an die Seite der Arbeiterseite gestellt. Vor Kurzem hat eine Staatsbeamtenversammlung in Prag die Forderung nach Kontrolle der Arbeitslosenfürsorge und der Gewerkschaften sowie nach Einstellung der Unterführungen nach dem Genet System ausgesprochen. Hier hat sich ein

Hast Du schon eine neue Genossin geworben? Frauen-Werbeaktion bis Ende März.

Teil der Staatsbeamten offensichtlich unter die Führung des Faschismus begogen. Es ist dies nicht die Mehrzahl der Staatsbeamten und es wird uns das nicht hindern, die Interessen der Staatsangestellten auch weiterhin zu vertreten. Aber wir möchten diesen Teil der Staatsbeamten warnen, die Dinge auf die Spitze zu treiben, sonst wäre es leicht möglich, daß hier eine Volksbewegung gegen sie entsteht!

Dank der Politik des Bürgerblocks und als Folgeerscheinung der ungeheuren Krise sind unsere Staatskassen leer.

und es ist natürlich Pflicht des Finanzministers, für neue Einnahmen zu sorgen. Unser Finanzminister macht sich die Sache allerdings sehr leicht und erhöht einfach diese und jene Steuer oder Abgabe. Sonderbarerweise kommt er immer nur auf Steuererhöhungen, welche die Masse der Bevölkerung zu tragen hat.

Ganz unsozial war die Erhöhung der Preise der Tabakfabrikate.

Bei der „Jora“, die die breiten Massen rauchen beträgt die Erhöhung von 75 auf 10 Heller volle 33 Prozent, bei der „Regalia Rodia“, der besten Sorte, dagegen nur 11 Prozent! Bei den Spezialitäten ist eine Erhöhung überhaupt nicht eingetreten. Dieser Zustand muß wieder beseitigt werden, und durch eine weitere Verteuerung der teuren Rauchwaren muß das hereingebrochen werden, was durch die Verbilligung der billigen Sorten in Wegfall kommt.

Auch die neue Biersteuer kann für uns nutzlos sein, wenn sie nicht auf den Konsum überwälzt, sondern vom Produzenten getragen wird. Ebenso wäre die lineare Erhöhung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent für die breiten Massen untragbar, denn sie würde wieder zu 80 Prozent die arbeitende Bevölkerung treffen. Eine solche Steuererhöhung ist kein Kunststück!

Der Finanzminister müßte sich vielmehr den Kopf zerbrechen über die Schaffung neuer Einnahmen, die einen gewissen sozialen Ausgleich in sich tragen. Es ist nicht wahr, daß es nicht noch Steuerquellen genug gibt, ohne die breiten Massen der Bevölkerung zu treffen. Kobner verweist auf den Antrag der tschechischen Genossen im Abgeordnetenhause und auf die lächerlich geringen Ertragsgebühren, die eine sehr weitgehende Erhöhung verlangen.

Glauben Sie, daß es möglich ist, in dieser Zeit mit Steuern zu kommen, die ausschließlich die arbeitende Bevölkerung belasten? So kann man in einem Staat, in dem Sozialisten mitregieren, die Steuern nicht machen!

Wer zahlt denn heute überhaupt noch Steuern? Die Arbeiter, soweit sie noch Arbeit haben, die Angestellten und ein Teil der Kleinrentnerwerbenden, von denen sie durch Erbschaften eingetrieben werden. Die gesamte Bourgeoisie fährt den Steuerfreibei heute fastlich schon durch. Früher hat sie die Steuern unterschlagen, jetzt zahlt sie sie einfach nicht!

Ich warne Sie, die soziale Frage in der Tschekoslowakei mit Gendarmerie und Militär lösen zu wollen. Noch nie und nirgends in der Welt ist dies gelungen! Angesichts der vergrößerten Situation, in der sich heute weite Teile unserer Arbeiterschaft befinden, ist Ihr Kampf gegen die Arbeitslosen aus von Ihrem Standpunkt aus ein Wahnsinn. (Erregte Auseinandersetzung mit den tschechischen Agrariern) Sie treiben das Proletariat zur Verzweiflung, Sie leisten dadurch Arbeit für den Faschismus und Kommunismus. Die Erfahrungen, welche in anderen Ländern gemacht wurden, sollten Sie doch einprägeln (Schreden!)

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir deutschen Sozialdemokraten Seite an Seite mit unseren tschechischen Genossen den Kampf für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung, für Demokratie und Sozialismus bis zum Ende führen werden! (Beifall der Beifall!)

Erbittertes Ringen an der Schanghaifront.

Japanische Erfolge und chinesische Gegenstöße.

Schanghai, 25. Februar. (Reuter.) Seit den frühen Morgenstunden ist an der Front von Kiangwang eine Schlacht im Gange, die an Heftigkeit alle bisherigen Kämpfe zwischen Chinesen und Japanern übertrifft. Das japanische Hauptquartier behauptet, daß es den japanischen Truppen gelungen sei, die chinesische Verteidigungslinie bei Niahontschien, zwei Meilen nordwestlich von Kiangwang, zu durchbrechen.

Die Japaner verwenden bei ihren Angriffen ihre sämtlichen Kräfte, die in Schanghai in Bereitschaft stehen, sowie sämtliche Waffengattungen. Auch das hier konzentrierte chinesische Militär stellt das bisher größte Aufgebot im ganzen gegenwärtigen Feldzug dar.

Etwa um Mittag drückte sich die Japaner nach ihren Behauptungen in eine Tiefe von zwei Dritteln Meilen bei Niahontschien vorgerückt. Die japanischen Flieger verfolgten mit Maschinengewehrfire die weichen chinesischen Militärabteilungen. Die Japaner führen nach dem Durchbruch der chinesischen Front einen Umgehungsversuch in der Richtung auf Tazjan, drei Meilen westlich von Kiangwang, durch, womit sie auch die Positionen der Chinesen bei Kiangwang bedrohen, die dort bisher ihre Stellungen behaupteten.

Nach einer späteren Meldung haben jedoch die chinesischen Truppen trotz dem furchtbaren Feuer, das den ganzen Tag über auf ihren Stellungen geleitet hat, gegen Ende des Nachmittags einen Gegenangriff ausgeführt, und das am Anfang des heutigen Tages verlorene Gelände fast vollständig zurückerobert.

London, 25. Februar. (M.) In den letzten Nachrichten aus Schanghai wird mitgeteilt, daß das japanische Oberkommando einen großen japanischen Erfolg auf einer Front von zwei Meilen in der Nähe von Hutuschia meldet, wo es den Japanern gelungen sei, die Chinesen zurückzubringen. In den späten Nachmittagsstunden begannen plötzlich in der internationalen Konzeption von Schanghai, und zwar im Viertel Houken chinesische Granaten zu explodieren.

Das chinesische Oberkommando teilt mit, daß am 26. Februar die erste und erste chinesische Division auf dem Schlachtfeld eintrifft und sofort aktiv in den Kampf eingreifen werden.

Das deutsche Generalkonsulat in Schanghai ist während der letzten Nacht wegen schwerer Beschädigung des benachbarten japanischen Generalkonsulates und des vor dem Konsulat ankernden japanischen Kriegsschiffes durch chinesische Granaten gerammt worden.

Ein neuer Kommando.

Tokio, 25. Februar. (Reuter.) Zum Kommandanten der japanischen Kräfte in Schanghai wurde General Schirakawa ernannt, der heute vom Kaiser empfangen wurde. Inbegriffen erreichen die japanischen Abteilungen in Schanghai die Stärke von drei Divisionen.

Chinesische Offensive in der Mandchurei?

Kanting, 25. Februar. Wie in Kanting verlautet, wird die nationale Regierung den Marschall Tschiangkai-scheh demnächst zum Truppenkommandeur ernennen und ihm die Aufgabe übertragen, die verlorenen Gebiete der Mandchurei zurückzuerobern, während dem sogenannten christlichen General Fenchuhsiang das Kommando über die Truppen in Schanghai selbst anvertraut werden soll.

3,630,000 Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 24. Februar. Da die Meldungen der an der Einzeichnungsaktion beteiligten Stellen nunmehr zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Kandidatur Hindenburgs auf über 3,630,000. Davon wurden mehr als 3 Millionen Eintragungen von rund 1100 deutschen Zeitungen, die in rund 800 Städten Einzeichnungslisten 10 Tage lang auflegten, aufgebracht.

Kein Lohnabbau in Dänemark.

Stanning hat vermittelt.

Der drohende Arbeitskamps in Dänemark ist durch das Eingreifen des Ministerpräsidenten Stanning und unter Mitwirkung des staatlichen Schlichters in der Weise beigelegt worden, daß sämtliche im Jahre 1932 ablaufenden Tarifverträge um ein Jahr verlängert wurden.

Der Schlichtungsvorschlag sieht weiter vor, daß bezüglich einiger Fragen, über die bisher keine Einigung erzielt werden konnte, neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber unter Leitung des staatlichen Schlichters aufgenommen werden sollen. Diese Verhandlungen sollen bis zum 1. November 1932 beendet sein.

Damit sind die für die Arbeiter unannehmbaren Forderungen des Arbeitgebervereins auf 20prozentigen Lohnabbau, dreijährige Laufzeit sowie gemeinsame Ablauffrist sämtlicher Verträge zum 1. Jänner fortgesetzt und die Tarifbewegung auf einen für die dänischen Gewerkschaften zufriedenstellenden Abschluß gefunden.

Agrarische Sozialpolitik.

Zeit Wochen tobt in der agrarischen Presse eine gemeine und widerliche Dege gegen den sozialdemokratischen Fürsorgeminister Gen. Dr. Czoch, weil er in seiner Tätigkeit eine Politik betreibt, die, wenn sie auch nicht die Erfüllung aller sozialistischer Forderungen darstellen kann, so doch Zeugnis ablegt von dem tiefen menschlichen Empfinden, das diesen Mann angeht. Das namenlose Elends hunderttausender arbeitsloser Menschen befecht.

Wir wollen nicht auf die unhaltbaren und zeitweise sogar idiotischen Angriffe der agrarischen Maulaffen eingehen, die seit Beistehen des Staates nur in diesen ein willkommenes Ausbeutungsobjekt sehen, das sie nach Kräften auslaugen, sondern konzentriert eine Last aufzuführen, die als schreiender Beweis ihrer Arbeitslosenfürsorge und ihres sozialen Empfindens gelten kann.

Es soll vorausgeschickt werden, daß die Unfallversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Slowakei eine Schöpfung der ungarischen Magnaten und Großgrundbesitzer ist, zur Schande der republikanischen Agrarier der C. S. N. muß jedoch festgehalten werden, daß sie dieses Schandgesetz nach dem Umsturz unverändert übernommen und weiter in Geltung belassen haben.

Dieses famose Gesetz, das für unsere ausgeprägten Ritter von Ar und Palm als Ideal eines Arbeiterschutzes gilt, heißt: „Gesetz-Artikel 16 vom Jahre 1900 über die Hilfskasse für landwirtschaftliche Arbeiter und Bediente in der Slowakei.“

Solange dieses Gesetz besteht, wurde es von der Arbeiterschaft auf das heftigste bekämpft und in der ungarischen sozialdemokratischen Presse wurde diese Hilfskasse nicht anders als mit den Worten: „Koldspenjar“ (Beitlerkasse) bezeichnet. Tatsächlich handelt es sich bei den Unterstüpfungen, die diese Hilfskasse gewährt, um Beiträge, für die sich der Unterstüpfte im günstigsten Falle eine Wasserjuppe leisten kann.

Nach dem Umsturz sind die deutschen Sozialdemokraten energisch für die Beseitigung dieses Gesetzes eingetreten, das stets als eine Schande von der Arbeiterschaft empfunden wurde. Nach jahem Kampfe wurde jedoch nur ein halber Erfolg erzielt.

Im § 1 dieses Gesetzes heißt es: Unter der Verwaltung des Ministers für die Landwirtschaft wird eine „Landeshilfskasse“ für die landwirtschaftlichen Arbeiter in der Slowakei errichtet zum Zwecke der Unterstützung aller Mitglieder. § 2 legt die Mitgliedschaft fest und es gibt gründende, ordentliche und außerordentliche Mitglieder. Als Mitglied kommt aber nur ein landwirtschaftlicher Arbeiter in Betracht, der das 14. Lebensjahr erreicht, das 25. Lebensjahr aber noch nicht überschritten hat. Nach § 8 ist jeder landwirtschaftliche Arbeitgeber verpflichtet, pro Angestellten einen 15 K jährlichen Beitrag zu bezahlen. Der Beitrag ist von den Organen der Gemeinde im administrativen Wege einzulassen.

Doch die meisten Landwirte unterlassen es, ihre Angestellten für den Unfall zu versichern und die Beiträge zu bezahlen. Wird dann ein Arbeiter von einem Unfälle betroffen, bleibt dieser unbarmherzig seinem elenden Schicksale überlassen.

Vor uns liegt ein Bescheid dieser hiesigen „Slovenka Polkadna“ unter Zahl 11052-1931, mit welchem ein 23jähriger Arbeiter, der durch einen Unfall die linke Hand verlor, gänzlich abgewiesen wurde, weil er nicht versichert war. Der Schubsch, der seinen Arbeitsklaven nicht für den Unfall versicherte, geht strafflos aus. Solche Fälle sind nicht vereinzelt, sondern massenhaft. Doch angenommen, der Arbeiter wäre versichert gewesen, so würde er gemäß § 13 zehn Wochen hindurch eine Unterstützung von 3 K täglich erhalten, um dann nach Ablauf dieser Zeit zum Bettel verurteilt zu sein. So wie der § 1 des Gesetzes den Landwirtschaftsminister mit der Errichtung dieser „Hilfskasse“ betraut, so bestimmt der letzte § 44, daß der Landwirtschaftsminister mit der Durchführung dieses Gesetzes bevollmächtigt ist.

Uns dünkt, der Herr Landwirtschaftsminister hat andere Sorgen, als die Modernisierung dieses reaktionären Gesetzes in die Wege zu leiten. Durch was unterscheiden sich eigentlich unsere Großagrarien von der einstigen ungarischen Magnatenherrlichkeit? Möglich, daß der eine oder der andere in seinem Schlafzimmer das Bild von Husens hängen hat, aber sonst ist diese Gesellschaft genau so arbeitserfeindlich, genau so rüchtdiwig wie der ungarische jetzt noch lebende Hochadel.

Der Kampf von ihnen gegen den Gen. Dr. Czoch ist nur als Verschleierung der eigenen Schleichigkeit zu werten, die unter dem Deckmantel „Patriotismus“ den Staat, d. h. die schaffende Bevölkerung begannert und bestiehlt und die Kampagne, jetzt von ihnen gegen das Fürsorgeministerium geführt, ist auch Beweis, wie sich diese Herrschaften die Führung dieser heute für das Wohl von hunderttausender Menschen entscheidenden Institution vorstellen.

Zwölf Jahre hatten sie Zeit, diesen Schandfleck sozialer ungarischer Magnatenkultur zu beseitigen, sie hatten dies nicht, weil ihre zahllosen Korruptionsskandale sie allzusehr in Anspruch nahmen. Menschen mit einer solchen Moral haben kein Recht, einen Genossen, der seine ganze Kraft der Arbeitslosenfürsorge widmet, anzugreifen.

Entschieden muß hier eine Aenderung eintreten. Die gesamte Arbeiterschaft der Slowakei in der Landwirtschaft tätig, verlangt, daß dieses Gesetz novelliert wird und daß man den fühlbaren Schandfleck agrarisch reaktionärer Handlungsweise beseitigt. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung muß gleichfalls dem sozialen Fürsorgeminister unterstellt werden. W. W.

Tagesneuigkeiten

Bierzig russische Bauern an der Sowjetgrenze erschossen?

Bukarest, 24. Feber. (DN.) Die Direktion der öffentlichen Sicherheitswache erhielt die Nachricht, daß die rumänischen Grenztruppen in Claneşti am Dnjestr um Mitternacht am heute vom russischen Territorium her eine heftige Schießerei vernahmen. Bald darauf bemerkten sie eine Gruppe von etwa zwanzig Personen, denen es gelang, rumänisches Gebiet zu erreichen. Nach dem Ergebnis der ersten Untersuchung handelt es sich um Bauern aus der Moldau, die wegen der in Sowjetrußland herrschenden Not von dort in Flüchten versuchten. Die meisten dieser Flüchtlinge, die durchwegs durch Schüsse verwundet sind, erzählten, daß ihre Gruppe sechzig Bauern zählte und daß sie von den sowjetrussischen Grenztruppen überrascht wurden, die ein scharfes Feuer auf sie eröffneten, durch welches bierzig Mann ihrer Gruppe an der Stelle getötet wurden.

Der Wurd an dem Uzhoroder Genossen Kolač.

Uzhorod, 25. Feber. Heute vormittag begann vor dem Straffenate des Kreisgerichtes der Prozeß gegen die drei Studenten der griechisch-katholischen Lehrer-Bildungsanstalt in Uzhorod, Georg Zelisko, Peter Ubrin und Johann Dolinik, die angeklagt sind, den Tod des Gewerkschaftsführers der sozialdemokratischen Partei in Uzhorod Franz Kolač vorsätzlich herbeigeführt zu haben. Dieser Fall wurde schon einmal vor dem Strafgericht im September vorigen Jahres behandelt, aber auf Antrag des Verteidigers vertagt. Die drei Studenten sind angeklagt, am 19. Oktober 1930 gegen 18 Uhr den auf seinem Motorrad fahrenden Franz Kolač auf der Straße mit einem harten Gegenstand, wahrscheinlich mit einem Stein, der mit einer Bleifugel versehen war, derart auf den Kopf geschlagen zu haben, daß er infolge der erlittenen Verletzungen starb. Zur Verhandlung sind etwa neunzehn Zeugen vorgeladen.

Unfall eines Militärflugzeuges. Aus Königgrätz wird gemeldet: Donnerstag um 10 Uhr vormittags ereignete sich in Solnice im Bezirke Rchnov an der Rnešna beim Bahnhof ein Unfall eines Militärflugzeuges. Bei einem Flugzeug des Königgrätzer Fliegerregimentes wurde der Propeller loder, der schließlich in Brüche ging, wobei das Flugzeug zu Boden stürzte. Dem Piloten gelang es im Gleitflug zu landen. Die Besatzung, Major Lausky und der Pilot kamen ohne Schaden davon. Bei der Landung wurde das Fahrgerüst des Apparates zertrümmert. Das Flugzeug wurde mittels eines Militärlastkraftwagens nach Königgrätz gebracht.

Rachspiel zum Budapest Putschversuch. Vor dem Budapest Militärgerichtshof begann gestern die Prozeßbehandlung gegen den Offizial Bannay, der als einzige ungarische Militärperson an dem in den Herbstmonaten des Vorjahres ausgeübtem Putschversuch teilgenommen hatte. Er wird der Verbreitung zum Aufruhr beschuldigt. Die in der Voruntersuchung gemachten Aussagen wiederrief Bannay in der Verhandlung. Er erklärte, bei den häufigen Zusammenkünften mit seinen Freunden, welche bei der Aufbebung des Putschversuches gleichfalls verhaftet wurden, hätten sie nur im allgemeinen die politische Lage und die große Wirtschaftskrise erörtert, doch sei niemals von einem gewaltsamen Sturz der Regierung die Rede gewesen. Sein Freund Tot, von Beruf Rechtsmeister, sprach zwar zuweilen von einer Aktion gegen die Tschechen, doch habe er, Bannay, dessen Gerede nie ernst genommen. Tot habe sich auch mit der Freundschaft Kemal Paschas und des Sekretärs Marschalls Pilsudski gebrüht. Auch habe er mit seinen Freunden darüber gesprochen, wie man im Falle einer akuten kommunistischen Gefahr einen Widerstand organisieren könnte.

Zum Attentat auf Genossen Steffan wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf das Gartenhaus des Landtagsabgeordneten Steffan wurden zwei Mitglieder der NSDAP als dringend tatverdächtig festgenommen. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Die Bevölkerungsbedwegung in Wien ist, nach der „Reichspost“ erschreckend. Die Biffren besagen es mit der eindringlichsten Deutlichkeit. Nach der letzten Statistik sind im vergangenem Dezember in Wien 1379 lebende Kinder zur Welt gekommen, davon 699 Knaben und 680 Mädchen. Den 1379 Lebendgeburtten stehen 2270 Todesfälle gegenüber.

Geld kommt wieder zum Vorschein. Aus Wien wird gemeldet: In den letzten Tagen sind große Einlagen bei den österreichischen Sparstellen erfolgt. Während früher zahlreiche kleine Einlagen bemerkbar waren, sind jetzt auch größere Beträge von 50.000 bis 100.000 Schilling zur Einlage gebracht worden. Es scheint, daß manches, bis jetzt in Privatverwahrung gehaltene Geld nunmehr wieder zum Vorschein kommt. Diese Erfahrung ist nicht nur in Wien, sondern auch in den übrigen Bundesländern gemacht worden und infolgedessen zeigt sich eine nicht unwesentliche Gesamtzunahme der Gesamteinlagen.

Ein Wärtter von zwei Löwen angefallen und schwer verwundet. Ein schwerer Unfall ereignete sich Mittwoch in der Abendvorstellung des Zentralsalles Varietés in Stettin, wo ein Wärtter, der unmittelbar vor dem Austritt eines Löwendontpieres den auf die Bühne gebrachten Käfig betrat, von zwei Löwen angefallen und zu Boden gerissen wurde. Bevor es gelang, die Tiere von dem Unglücklichen abzubringen, war er so schwer verletzt worden, daß er sofort in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Löwe mußte, um den am Boden Liegenden befreien zu können, von einem Polizeibeamten erschossen werden.

Selbstentag einer Arbeitermutter. In Koeditz (Niederschlesien) brach im Dachstuhl eines Wohnhauses Feuer aus. Neun halbwichige Kinder einer Arbeiterfamilie waren in höchster Lebensgefahr. Die Mutter der Kinder, die in der Nachbarschaft wohnte, eilte in das brennende Haus, drang durch den dichten Qualm in die Wohnung ein, warf sämtliche Matten auf die Straße und dann nacheinander alle ihre Kinder. Die Kinder fielen auf die Pflaster. In dem gleichen Augenblick, in dem sich die Mutter durch einen Fenstereprung rettete, stürzte die Decke des Zimmers ein.

Arbeitslosigkeit. In Kreuzville bei Reuchatel (Schweiz) hat ein Arbeitsloser seine Schwester und seinen Vater erschossen und seinen Bruder durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt. Ein heftiger Familienstreit um geschäftliche Dinge ging der furchtbaren Tat voraus. Der Mörder ließ sich von seiner Frau und seinen beiden unmündigen Kindern ohne Widerstand verhaften.

Sport mit Todeserfolg. Bei der Erleichtung des Weltstrubels (Schweiz) brach ein junger Mann aus Montreux vor Erschöpfung zusammen und verstarb, bevor sein Kamerad Hilfe herbeiholen konnte.

Vulkanausbruch. In Japan ist der Asomokrater plötzlich ausgebrochen. Große Mengen glühender Lava wälzen sich zu See. Das Dorf Konama geriet in Brand und wurde zum Teil eingeschert.

28 Lebenszeiten! Das preussische Staatsministerium verlieh zehn Bergleuten und Grubenbeamten der Beufener Gruben-Zentrum-Grube die „Rettenngsmedaille am Bande“ und 18 Arbeitern die „Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr“. Die Auszeichnung ist ein äußeres Symbol des Dankes für die Errettung der hiesigen Beufener Bergleute, die acht Tage lang in der Gruben-Zentrum-Grube eingeschlossen und vom Erstickungstod bedroht waren.

Rindesmiffhandlung — Zuchthaus! Vom Schönbühlergericht München wurde ein arbeitsloser Bauarbeiter wegen Rindesmiffhandlung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte seine beiden Kinder im Alter von vier Wochen und zweieinhalb Jahren zu Tode gequält.

Halbentzuzumord an einer Prostituierten. In Berlin-Neukölln ist die 24jährige Prostituierte Rathilde Rolland ermordet worden. Dieser Mord ist im Zeichen des Halbentzuges geschehen: Rathilde Rolland war Funktionärin der Nationalsozialistischen Partei. Sie hat ihre Laufbahn als Trapeskünstlerin begonnen, ist aber abgestürzt und monatelang im Spital gelegen; später wurde sie Sekretärin im Justizministerium. Schon damals trat sie der Hitlerbewegung bei, schon damals traf man sie nach Bürobesuch in noblen Nachtlokalen, wo sie zu Liebhaberpreisen käuflich war. Schließlich wurde sie abgehaut; es blieb ihr nur noch die Prostitution und die Politik. Vor Deutschlands Erwachen schloß sie mit vielen Männern; diese Männer wurden von ihr mit dem Ruf: „Heil Hitler!“ begrüßt. In ihrem Lager war das Dritte Reich, nur im Braunen Hemd konnte man sie gewinnen; Mitglieder anderer Parteien waren nur erpönsicht, wenn sie sich schließlich bereit erklärten, mit der Hitlerbewegung unter einer Decke zu spielen. Und schließlich: wenn im Namen Hitlers Kinder gezeugt werden, wenn Eheleute mit dem festen Wunsch zu Bett gehen, Menschenmaterial für Deutschlands Erneuerung zu liefern, wenn die ehelichen Pflichten als Vorbereitungshandlungen zur bössischen Massenanzucht gewertet werden — warum soll nicht auch die Prostitution für den Hitler-Geist Propaganda machen? Aber die Prostituierte Rathilde Rolland ist das Opfer dieser Zuchtse von Sexualität und Politik geworden: einer ihrer nationalsozialistischen Liebhaber hat sie umgebracht, einer hat zum langen Messer gegriffen und privat getan, was als Weltanschauung gepredigt wird. Rathilde Rolland war zwar Funktionärin seiner Partei; aber was tut's! Die Partei führte einen wilden Kampf gegen das moderne „Tirmentum“, bekennst sich zu Blondkopf und Kochtopf und verachtet die „welche Sinnenlust“; Rathilde Rolland war zwar Funktionärin, aber sie machte noch so wader „Heil Hitler!“ rufen, sie blieb doch nur ein „Untermensch“. Und der Mörder hat die sittliche Weltordnung wiederhergestellt, wie sie sich in den Köpfen der perverien Edelmenschen darstellt, die worden müssen, weil sie nicht lieben können.

Selbstmord eines Zwölfjährigen. Mittwoch sprang auf der Straße Kalovnik-Lohn der 12-jährige Josef Koborn, ein Waisenknabe, unter den heransahrenden Zug. Dem Knaben wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Die Ursache für die Tat ist unbekannt geblieben.

Vom Rundfunk Radiozeitschriften wieder zollfrei!

Wie wir kürzlich mitteilten, hat der „Freie Radiohond“ beim Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wegen der in der letzten Zeit vorgenommenen Verzollung von ausländischen Radiozeitschriften interveniert. Nunmehr teilt uns der Klub mit, daß der Protest Erfolg hatte: Aus dem Bericht, den sich Minister Dr. Czoch von der legislativen Abteilung erstatten ließ, geht hervor, daß die Verordnung, durch die die Zollfreiheit solcher Zeitschriften herbeigeführt wird, vom Ministerrat bereits genehmigt wurde und daher schon in den nächsten Tagen in der Gesetzesammlung kundgemacht werden dürfte. Inkrastretzen soll diese Verordnung acht Tage nach der Kundmachung.

Lichtbojott in Hamburg. Der vom Einzelhandel proklamierte Lichtbojott in Hamburg hat Donnerstag abends mit Geschäftsschluß eingeleitet. Nahezu alle Schaufensterbeleuchtungen und Lichtreklamen erloschen nach 19 Uhr, was sich besonders in der Innenstadt und auf Sankt Pauli bemerkbar machte, wo sonst Läden und Kaufhäuser bis Mitternacht hell erleuchtet sind. Mehrfach versuchte man, sich durch Notbeleuchtungen zu helfen. So hat ein bekanntes Großgeschäft am Neuen Wall seine Schaufensterbeleuchtung durch brennende Petroleumlampen ersetzt, ein eigenartiges Kleinbild inmitten der weltstädtischen Umgegend. Die Streikleitung behauptet, ihr seien mehr als 10.000 Justimmungsbeschlüsse zugegangen. Ein Hamburger Blatt will den Ausschlag, den die Elektrizitätswerke durch den Bojott erleiden, auf täglich 15.000 Mark schätzen.

Sozialversicherung und Alkohol. Nach Dr. Leitz (Leipzig) entfielen auf 1000 Versicherte aus dem Brauwesen 900 Unfälle gegen 544 in allen anderen Berufen. Bei etwa 25 Prozent aller tödlichen Unfälle spielt der Alkoholgenuß eine Rolle. Die Kronstetthäufigkeit ist bei Trinkern dreimal so groß. Todesfälle gibt es dreieinhalbmal so viele.

Schiffszusammenstoß. Das norwegische Motorschiff „Gordal“ ist in der letzten Nacht nach einem Zusammenstoß mit dem schwedischen Motorschiff „Rang“ im nördlichen Teile des Ostsees untergegangen. Die aus drei Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Stroßenbahn und Postauto. Mittwoch erfolgte am Gellert-Platz in Budapest ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Postauto. Fünf Passagiere der Postwagen wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus übergeführt. Einem der Verletzten mußte am Schenkel ein Bein amputiert werden.

Kaugummi-Millionen. Die jetzt bekannt wird, hat der am 26. Jänner in Chicago verstorbene Kaugummi-König Wrigley ein Vermögen von über 20 Millionen Dollar hinterlassen.

Die Freien Segler Deutschlands. Der Freie Seglerverband, Mitglied der Zentral-Kommission für Arbeiterport und Körperpflege, umfasst 53 Vereine und 773 Mitglieder, davon entfallen 34 Vereine auf Berlin und 19 auf das übrige Reichsgebiet. 1931 traten dem Verband zwölf neue Vereine bei. Der Bestand an Booten beträgt 1544, davon sind 1219 Segel- und Motorboote, hinzu kommen 103 Kutter- und Paddelboote und Eishöcker. Der Verbandstag am 30. Jänner beschloß, daß Verbands- und Vereinsregatten von nun an ohne Preis- und Pokalübergang gefahren werden. — Neger im Freien Seglerverband wird auch im Arbeiter-Turn- und Sportbund der Segelsport gelehrt.

„Schöne Buchhalter!“ Ein in der Stadt Odensee auf den Insel Fünen verstorbenen Meister einer Genossenschaftsbäckerei hinterließ den Genossenschaftlern des Unternehmens 500.000 Kronen in bar. In einem Begleitbrief hieß es: „Liebe Freunde! Diese halbe Million habe ich unterschlagen. Nicht zu meinem Vorteil, sondern nur um für unseren Betrieb ein Referenzkapital zu sichern. Ich habe Euch betrogen. Jedes Jahr habe ich 50.000 bis 100.000 Kronen betteigt. Niemand hat es gemerkt. Ihr seid mir schöne Buchhalter! Gepulvert aber das Geld nicht; denn es gehört der Genossenschaft, 25.000 Kronen aber gehören der Steuer, die ich ebenfalls betrogen habe.“

Erste Arbeit nach langem Feiern.

Nach düstern es in den Stämmen. Doch über die Bispel liegt der erste Sonnenschein-Scharf, wie in ungebärdigem Rahmen zwischen die Stiefel durch den Straßenfand. Aber im Schlummer liegt noch das weite Land.

Schon winkt mir das Ziel: Dort ragt die lahle Steinwand auf, die ich zerbrechen muß. Mir ist, als klettert Art und Schlägel freudvoll auf meiner Schulter, als krebe haßger mein Fuß.

Monate schon lag alle Kraft in mir müdig und brach. Ich durfte nicht merken und mein Hammer ruhte, mein Arm erschlaffte und war müd im Mühsiggang, indes mein Hirn durchstöße wider Drang.

Nun ruht der Tag. Wenn meines Hammers Schlag über die Bispel geht, läßt ich's mit Macht sich regen am Bau der neuen Welt. Hans Hansjefer.

Marxistische Musikgeschichte.

Von Paul Hörstmann.

Nachstehende Betrachtungen sind angeregt durch einen Vortrag des Berliner Komponisten Hanns Eisler über die geistige Krise in der Musik. Ihn hatte der Verein der Freunde moderner Kunst nach Reichenberg zu Gast geladen. Bemerkenswerterweise hat dieser Verein bisher nur Mitglieder der kommunistischen Partei in seinen Veranstaltungen sprechen lassen. Wenn das von der Annahme herührt, als ob nur diese etwas Gütiges über zeitgenössische Kunst zu sagen hätten, so war geradezu der Vortrag Eislers ein überzeugender Gegenbeweis. Denn der verdienstvolle und erfolgreiche Schöpfer proletarischer Chormusik (der „Sozialdemokrat“ vom 24. Jänner 1930 brachte bereits eine sehr schöne Würdigung seines Schaffens von Genossen Edwin Janssch) ergeht sich als Theoretiker frisch und unbeschwert in dem Gebiet eines Wais- und Wiesenmarxismus, wo die Blümlein der Erkenntnis am Wegrand wachsen, wo alles einfach ist wie eine Wiese und wo aus der Wissenschaft der Marx und Engels ein bequemer Reiten geworden ist, über den alle Fragen zum Gleichmaß einer schnellfertigen Meinungskonfektion gelöst werden.

Eisler versucht die Musikgeschichte vom Standpunkt des historischen Materialismus zu betrachten. Als Symptome der gegenwärtigen Krise in der Musik bezeichnet er 1. die Trennung von Musikanten und Kösen in der Musik, 2. den Gegensatz zwischen ernster und leichter Musik, jene für die Eros, diese für die Wonne, 3. die Unschärfe der Musikästhetik, deren allgemeingültige Gesetze vom Schönen und Richtigen rettungslos ins Irreführende geraten sind.

Alle diese Erscheinungen waren noch dem Feudalismus fremd. Dort war die Musik vor allem Dienerin der Kirche, also zweckbestimmt. Der Kapitalismus nahm der Musik solchen Zweck, machte sie zum Vergnügen, zum Mittel, die Arbeitskraft zu reproduzieren. Der Musiker wurde zum freien Arbeiter, Musik Ausdruck seiner gottbegnadeten Persönlichkeit, zugleich aber auch Ware, in allgemein gültigen Konzerten feilgeboten. So ist selbst Beethovens Eroica oder Beethovens 9. Symphonie, um Gelung ringenden Individuums, Veranschaulichung der bürgerlichen Ideologie mit der Menschheitsidee.

Zurückbildung des Bürgertums machte die Musik wieder intimer (Romantisch), die industrielle Gründerzeit (1870) gab Impuls zu neuem Massenkunstwerk als Kunstmittel im Massenmaßstab (Wagner). Zugleich wird die Musik immer anspruchsvoller, wird zu verzwickelt für den einfachen Menschen, so daß im Massenverbrauch der Sektor der leichten Musik immer mehr überwiegt gegenüber dem der ernsten. Inlet führt der Monopolkapitalismus mit seiner durchgehenden Nationalisierung und Schablonisierung die bürgerliche Idee vom freien Individuum selbst ab abstrum — die „freie Kunst“ verliert den realen Boden, gehört nur mehr zum „guten Ton“.

Die bürgerlichen Komponisten suchen anglich den Anschluß an diese Entwicklung und suchen aus einer Kunstmode in die andere. Ihr äußerster rechter Flügel ist gekennzeichnet durch Wagner und Richard Strauß, den effektiven Meister alter Formen. Die bürgerliche Mitte sucht nach Kompromissen, die Linke (Strawinsky, Hindemith, Loh, Schönberg) weiß recht gut um die Krise, sucht sie zu überwinden durch Verdrängung der Weltanschauung aus der Musik, ist jetzt zur Weltanschauung zurückgekehrt, immer sprunghaft und unsicher.

Adde und seine Richtung wieder suchen das Ziel im Volkstüm des Mittelalters, also in einem Anachronismus. Für die Arbeiterklasse bedeutet das alles nichts, denn die Besitzlosen können eine Musik nicht verstehen, die für ein Publikum von Besitzenden gemacht ist.

Die Lösung kommt aus der modernen Arbeitermusikbewegung in Deutschland. Ihre Wurzeln sind abgeleitet von den Interessen des Klassenkampfes. Was diesem dienlich ist, das ist auch schön und richtig. Gleichzeitig bekommt die Musik wieder Zweckhaftigkeit, sie wird Komposition zur Aktivierung der breiten Massen und Schulungsmittel der Arbeiterklasse. Während das Bürgertum eigentlich keine Musik braucht, hat die Arbeiterklasse ihre Musik nötig, — so tritt sie das Erbe der bürgerlichen Musik an, aus ihren Reichen wird eine neue Musikkultur entstehen.

So weit Hanns Eisler und das alles klingt sehr marxistisch, ist aber, im Grunde genommen, das Gegenteil. Denn als Marxist muß man wissen, daß man die Erscheinungen der Vergangenheit niemals vom Standpunkt der Gegenwart, sondern immer aus den Bedingungen ihrer eigenen Zeit verstehen muß. Dabei zeigt sich denn, daß Eisler im Einzelnen wie in den Schlußfolgerungen irrt.

A. W.: der Unterschied zwischen dem Kösen und dem Musikanten besteht, trotzdem die Technik der Musik sich so weit entwickelt hatte, daß nicht jeder mehr sie bewältigen konnte. — ein Teilvorgang in dem großen Prozeß der Arbeitsteilung in der menschlichen Kulturentwicklung. Auch Ware ist die Musik schon im Feudalismus gewesen, nur eben in den der Zeit angemessenen wirtschaftlichen Formen. Wolter von der Vogelweide bekam für seine Lieder, die er in Natura (selbst singend) abgab, einen Mantel oder ein Pferd oder seines Quartier. Mozart und Haydn waren Hofbedienten, die gegen festen Gehalt Musik machen mußten, so wie Bach Angehöriger einer Städtengemeinde war. Solche Anstellungsverhältnisse mit der Verpflichtung zu einer gewissen Produktion gibt es auch heute noch genug, wie es auch schon im Feudalismus den „freien“ Künstler gegeben hat.

Der Unterschied zwischen ernster und leichter Musik besteht wahrscheinlich schon in der Feudalzeit, fider aber im Mittelalter: Volkstüm, Tanz, höfliche, feierliche, bäuerliche Unterhaltungsmusik haben immer neben der kunstreichen Kirchenmusik gelebt. Nur verliert sich unserem Blick die Perspektive, besonders dadurch, daß nur dies aufgezeichnet wurde, während wir von jener nur aus Berichten, also indirekt wissen.

Das blutende Shanghai.

Der englische Kaufmann William Sawetone, der am 28. Jänner in Chapel den japanischen Angriff miterlebte, berichtet heute über die ersten vier Tage des Kampfes, die er miterlebte, folgende Einzelheiten:

Japanfeindliche Organisationen.

Anfang Jänner rüsteten die Chinesen in Shanghai zur Abwehr. Es wurden Organisationen gegründet, und es begann der Verkauf der japanischen Waren und der japanischen Händler.

Japan sandte darauf am 27. Jänner frühmorgens das Ultimatum, das die Auflösung der japanfeindlichen Organisationen verlangte.

Der Bürgermeister-General von Shanghai, Wu-Tse-Sen, wählte sich keinen Rat. Er wollte das Ultimatum annehmen. Shanghaier Studenten wollten jedoch davon nichts wissen. Sie zog vor das Rathaus und verlangte Ablehnung. Die Japaner, die das erfuhren, begannen darauf mit dem Vormarsch schon vor Ablauf der gestellten Frist. Bürgermeister und Stadtrat wick also nichts anderes übrig, als das Ultimatum abzulehnen. Der Krieg im Frieden begann.

Am 27. Jänner um halb 11 Uhr nachts landete das japanische Heer und begann zu marschieren. Zu gleicher Zeit richtete der Oberkommandierende der japanischen Seestreitkräfte an den Bürgermeister von Shanghai folgenden kurzen Brief:

„Sehr geehrter Herr! Die Lage außerhalb des Konzessionsgebietes ist sehr ernst geworden. Die Behörden, die über das ausländische Militär verfügen, proklamieren den Kriegszustand. Da in Shanghai sehr viele Japaner leben, sind wir gezwungen, zum Schutze unserer Staatsbürger Truppen dorthin zu senden. Ich ersuche Sie, alles Notwendige zu veranlassen, damit das chinesische Militär diesen Plan verlasse.“

Der Straßenkampf beginnt.

Die japanischen Truppen marschieren und wählten sich in voller Sicherheit. Mächtig trafen sie jedoch auf Widerstand. Chinesische Soldaten versuchten den Vormarsch zu hindern. Das war schon innerhalb der Stadt. Die Japaner bildeten Schanzlinien und eröffneten das Feuer. Zwei Stunden lang dauerte der Kampf, bei dem etwa 200 chinesische Soldaten fielen. Schließlich mußten die Chinesen den Rückzug antreten. Die Japaner glaubten jetzt, Herren der Lage zu sein. Mächtig jedoch kam ein unentwirrlicher Widerstand.

Franktireure.

In China gibt es gewerkeltes Militär. Die regulären und die irregulären Truppen, die sogenannten „plain clothes man“, mit anderen Worten — die Franktireure. Diese eröffneten nach Rückzug der Truppen das Feuer aus den Fenstern der Häuser und hinderten dadurch die Japaner daran, vor den Bahnhöfen zu ziehen. Der Straßenkampf dauerte 48 Stunden lang. Die Japaner holten Verstärkungen herbei und eröffneten ein

Jerner: zumindest zu sechs Zeiten war die erste Musik schon so kompliziert, daß nur mehr der Vorgebildete sie richtig verstehen konnte. Die Zeitgenossen fanden Mozarts Partituren zu verwickelt und hielten sich an die einfacheren, gefälligeren Staffener usw.

Und bei aller Zweckbestimmtheit hat doch auch die alte Musik der Reproduktion gedient: die Kirchenmusik sollte eine bestimmte kirchlich-gläubige Stimmung reproduzieren, die weltliche z. B. eine politische (wie Lieder Walters), teils einfach die Arbeitskraft, wie alle Vergnügungsmusik.

Auch die Kunstform kann Eisler nicht wirklich eliminieren. Er selbst unterscheidet bei seinem Schaffen zwischen Kunst und Nichtkunst, — nach welchen anderen, als nach ästhetischen Grundsätzen ist das wohl möglich? Und umgekehrt: auch frühere Epochen kannten schon den Wechsel ästhetischer Gesetze, den Streit um sie, die Klage der einen um vergangene Schönheit, das Trophoden der anderen über neue Kunstformen.

Wir sehen: alle diese von Eisler der kapitalistischen Krise jagecillten Kennzeichen hatten auch den früheren Entwicklungsabschnitten an, nur eben mit den jeweils anderen Vorzeichen der betreffenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Verhältnisse.

Coenjo aber sieht es mit dem Wesentlichen seiner Auffassung, mit der Ablehnung aller vergangenen Kunst für das moderne Proletariat. Hier müssen wir die merkwürdige Tatsache überlegen, daß alle wirklich großen Künstler ihre Werke nicht in Uebereinstimmung, sondern im Gegensatz zu den herrschenden Mächten ihrer Zeit, ihnen zum Trotz geschaffen haben, daß sie infolgedessen auch von ihren Zeitgenossen nie in ihrem wahren Wesen ganz verstanden wurden. Da tut sich der Blick auf in ein Grundgesetz aller echten Kunst, das sehr wohl einmal auch zur Formulierung allgemeingültiger ästhetischer Gesetze führen kann, nur daß diese dann nicht einen Schönheitskanon aufstellen, sondern uns das Schöne aus den Funktionen echter Kunst werden erkennen lehren. Dieses Grundgesetz aber lautet: Alle echten Künstler sind Revolutionäre!

Es liegt im Wesen künstlerischen Schaffens, daß in seiner Formung die Zustände der Gegenwart oder der Welt überhaupt nicht einfach beiseite nachgebildet, sondern kritisch durchschautet, in ihrem Verhältnis zu den höchsten Forderungen der Zeit dargestellt werden. Daraus ergibt sich der Wesensunterschied zwischen bloßer Unterhaltungskunst und echter Kunst auf allen Gebieten. Und das gilt für alle Epochen in gleicher Weise. So waren Mozart und Beethoven Revolutionäre wie der junge Schiller, da sie sich gegen feudale Vorrechte auflehnten. So waren auch er in dem Davidbändlern gegen die wiedererweichten Privilegien zu Felde gezogen, selbst Wagner, als er den Profitemachern und

14 Stunden lang dauerndes Fliegerbombardement. Chapel stand in Flammen.

Das Chinesendiertel brennt.

Endlich nach blutigem Kampf gelang es den japanischen Truppen, den Shanghaier Nordbahnhof zu besetzen und damit das ganze chinesische Stadtviertel Chapel in die Hände zu bekommen. Drei Wasserflugzeuge belegten den Stadtteil mit Bomben. Die Eisenbahnverbindung nach Wujung war unterbrochen.

Die Besetzung von Chapel wurde dann kurz vor Mitternacht plamäßig aufgegeben. Die japanischen Seesoldaten hatten sich vorher mit sieben großen Panzerwagen und zwanzig Lastautos beim Dongkewpark versammelt. Die japanischen Zivilisten brachen beim Anblick der Truppen in stürmische Juxse aus. Die Pressephotographen traten in Tätigkeit und machten Bildschußnahmen. So begann der Kampf als eine gut inszenierte Film-aufnahme — und endete mit 2000 Toten.

Eine Radio-Verhaftung.

Die Lage in Shanghai wurde von Stunde zu Stunde gefährlicher. Der 31. Jänner brach an. Die Menschen raunten sich eine Nachricht zu: der Waffenstillstand wird unterschrieben. Viele lächelten ungläubig. Ein Waffenstillstand war nicht möglich! Es gab zu keinen Krieg, und im Frieden gibt es keinen Waffenstillstand. Und die Menschen hatten recht. Der Kampf tobte weiter.

Einige japanische Freiwillige versuchten einen Vorstoß auf das Gebiet der internationalen Konzession. Major Powers, der Kommandant der amerikanischen Streitkräfte, erließ darauf eine Radio-Verhaftung. Er forderte den feindlichen japanischen und chinesischen Truppen folgende Nachricht mit:

„Wir teilen Ihnen mit, daß wir, sollten Sie auf unser Gebiet eindringen, sofort das Feuer eröffnen werden. Dies geschieht auch dann, wenn Sie von den Waffen keinen Gebrauch machen selbst dann, wenn Sie waffenlos sind, dürfen Sie nicht in die Konzession eindringen.“

Nachdem diese Radio-Verhaftung abgegangen war, rüsteten die Engländer und Amerikaner und begannen um das Konzessionsgebiet herum Schützengraben zu graben.

Die Bevölkerung flüchtet.

Wegen dieser Vorgänge bemächtigte sich der chinesischen Bevölkerung eine Panik. Man begann aus den bedrohten Stadtteilen zu flüchten. Zuerst versuchten die bedrängten Chinesen das Konzessionsgebiet zu erreichen. Die meisten fanden keinen Einlaß. Nur den Reichen gelang es, sich auf diese Weise in Sicherheit zu bringen. Sie besetzten die dortigen Hotels. Die arme Bevölkerung floh weiter auf die Schiffe, die vor der Wang-poorn in Anker lagen. Aber auch diese Schiffe konnten die vielen Tausende Flüchtlinge nicht aufnehmen, und so mußten die meisten in den bedrohten Stadtteilen zurückbleiben — in den fast sicheren Tod. Der Kampf tobte weiter.

P. D. D.

Gottesgnädigen seiner Tage den Fluch des Goldes und der gebrochenen Versprechen vorkieft.

Jeder freilich war revolutionär in seiner Zeit, gegen die damals herrschenden Mächte, in den damals möglichen Formen, also historisch bedingt, aber nichtdestoweniger Rebell. Es ist nun mehr als billig, sie alle als reaktionär abzutun, weil sie nicht gegen den modernen Kapitalismus, nicht für die moderne Arbeiterklasse kämpften, die es zu ihrer Zeit doch gar nicht gab. Aber will man Thomas Münzer für reaktionär erklären, weil sich seine Aufhebung in den Formen und Ideologien des Christentums vollzog?

In den Werken jener großen Künstler aber lebt diese revolutionäre Gesinnung auch heute noch. Das feurige Pathos der Rebellion klingt in den Tönen der großen Musiker und es gilt heute nicht, sie den Arbeitern als Bourgeois zu vernichten, sondern die Arbeiter sie richtig verstehen zu lehren. Dann werden auch die großen Geister der Vergangenheit dem Proletariat lebendig und im höchsten Sinne anfeuernd nützlich sein.

Eins ist richtig: das niedergehende Bürgertum weicht mit diesen Gütern seiner vergangenen Kampfsperiode nichts mehr anzufangen; es hat, wie wirtschaftlich, so auch kulturell jede Orientierung verloren. Aber durch eine Einklinkung, wie die Eislers, wird der proletarische Kulturkampf höchst verhängnisvoll in eine ganz falsche Richtung gedrängt. Dieser Kampf dürfte sich nicht gegen die Zeugnisse wahren, vorwärtbringenden Lebens in der Vergangenheit wenden, sondern gegen die kapitalistische Großerzeugung von Kunsternst. Nicht Beethoven ist Opium fürs Volk, sondern der Schlaget, zu dessen Verdammung und Verfluchung gemacht und billig in tausenderlei Gestalt vertrieben.

Und so gesund und erfrischend und notwendig auch die Arbeiterchormusik ist, zu deren Schöpfern Eisler selbst zählt, so notwendig wir sie gerade jetzt in der Zeit des Kampfes brauchen, — die neue Musikkultur wird dabei nicht stehen bleiben; auch sie wird wieder den Ausdruck des Zeitwillens in großen Werken der absoluten Musik suchen und finden. Diese Werke werden auch wieder von Fachleuten aufgeführt und von Laien begeistert gehört werden. Wie denn Eisler selbst auch schwere Chöre schreibt, die nur von geübten, also vorgebildeten Vätern gesungen werden können! Und das Konzert, seines kapitalistischen Marktcharakters entkleidet, wird wieder Kollektivereignis einer innerlich einheitlich gesunkenen Zuhörerschaft sein.

Dann werden die alten Meister neben den neuen stehen. Und das Problem, über das schon Marx geäußert hat und dem sich dieser Eislersche Bürgernarxismus gar nicht nähert, — das Problem der Wirklichkeit eines großen Kunstwerks über die Jahrhunderte hinweg, — das wird vielleicht dann klar gelöst sein durch die Erkenntnis des revolutionären Wesens aller echten Kunst.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebeziehung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Gerichtssaal

Riefendefraudationen einer Buchhalterin.

Ein langwieriger Prozeß.

Prag, 25. Februar. Heute begann vor dem zweiten Straßengericht (DR. Rätze) die Verhandlung gegen die 29jährige Anna Vejhora, die als Buchhalterin der Weinsirma Tzafil und Pavella Malversationen von ganz ungewöhnlichem Ausmaß begangen hat. Man rechnet mit acht bis zehntägiger Prozeßdauer, da über 60 Zeugen zu hören sind.

Die Angeklagte war seit 1928 bei der Firma tätig, leitete die Buchhaltung, führte die Kasse, versah auch Kundendienst und besorgte zuweilen selbst das Inkasso. Im Sommer 1929 stellte sich durch Zufall heraus, daß ein Betrag von einigen Tausenden in der Kasse fehlte, im Zuge der weiteren Nachforschungen kamen dann unglaubliche Dinge zum Vorschein. Die Malversationen lassen sich in einige größere Gruppen einteilen. Am umfangreichsten die Gruppe der Manipulationen mit den Konten der Geschäftsfreunde und Abnehmerfirmen, wobei durch fingierte Stornos, fingierte Gutachten, aber auch durch Rabatierungen, gefälschte Bemerkungen u. dgl. nicht weniger als sechzig Unterschlagungen begangen wurden. Da sie selbst die Kasse führt, ließ sie Zahlungen verschwinden und sorgte durch entsprechende Fehlbuchung für die Verschleierung der Unterschlagung. Sie genoss vollstes Vertrauen und konnte selbstständig disponieren. Die einzelnen unterschlagenen Beträge bewegten sich zwischen 500 bis 2000 K und selber Fälle sind, wie erwähnt, sechzig.

Die Subjekte und Käufer der Firma führten das von den belieferten Kunden stets sofort bezahlte Geld für die Verzehrungssteuer der Angeklagten ab, die es für sich behielt und erst lange Zeit nachher durch Fehlbuchungen den Ausfall „deckte“. Die Sachverständigen schätzen die Unterschlagungen aus der Steuerpartie allein auf über 12.000 K. Sie ging ferner mit einigen Firmen Verträge über Gegenstände ein, ließ ihnen Weinfässerungen gesendet und behielt die auf Gegenrechnung gelieferten Waren für sich. Endlich hat sie selbst eine Reihe von Firmen gesandt und Kundenstände eingetrichtert, wobei 15.000 K. in ihrer Tasche verschwanden. Auch hier bediente sie sich falscher Buchungen und gefälschter Belege, um die Kasse stets „stimmen zu lassen“. Sie führte ein kostspieliges Leben, fuhr an die See, kaufte ein Auto, Pelze u. dgl. und hatte für ihre Verwandten stets eine offene Hand.

Zum geringeren Teil geständig, verweigert sie die Teilhaberin der Firma, Frau Ödving, mit bereinzuziehen und behauptet, dieser den Großteil des verschwundenen Geldes abgeführt und überhaupt in diesen Fällen nur den Auftrag jener vollzogen zu haben. Es könne also von Unterschlagung keine Rede sein. Diese Behauptung ist aber durch alle bisher geführten Beweismittel ganz unabweisbar. Hier wird das Beweisverfahren, das morgen eröffnet wird, Klarheit schaffen. rh.

Der letzte Wunsch der Lebensmüden.

Eine seltsame Veruntreuungsanlage.

Prag, 25. Februar. Dieser nicht alltägliche Fall ist ein Nachklang zu dem vor kurzem verhandelten Nordprozeß Hanzl. Wie erinnertlich, hat der Buchhalter Hanzl im Einvernehmen mit seiner Frau diese erschossen dann aber nicht den Mut zu dem verabschiedeten Selbstmord gefunden. Er wurde freigesprochen.

Das Lebensmüde Ehepaar hat zur Umwidmung seiner leghwilligen Verfügungen einen sonderbaren Weg gewählt. Einen Tag vor dem geplanten gemeinsamen Freitod besuchten die beiden das befreundete Ehepaar Kacaba in einem Dorf bei Melnik, wo sie den letzten Tag verbrachten. Ehe sie aufbrachen, schoben sie heimlich einen an die Kacabas adressierten Brief in das Bett, der tatsächlich abends, als die Kacabas schlafen gehen wollten, in ihre Hände fiel. Der Brief enthielt viertausend Kronen und die Bitte, die Freunde möchten ihnen von dem Geld das gemeinsame Begräbnis zurufen lassen, mit Musik und allem, was dazu gehört. Mit den Kindern, die aus der ersten Ehe der Frau stammen, lebte das Ehepaar Hanzl in Unfrieden und wollte sie nach Möglichkeit aus dem Spiele lassen.

Als Kacaba von der Mordtat erfuhr, berichtete er den Gendarmen von dem letzten Auftrag, den er erhalten hatte und bezahlte das Begräbnis, das 1200 K. erforderte. Erst im Zuge der Erhebungen gegen Hanzl kam zutage, daß der Brief 4000 K. beinhalten hatte und die Sicherheitsbehörden haben den Fall als Unterschlagung an.

Hanzl wurde nach seinem Freispruch vor dem Schwurgericht als Zeuge in dieser Sache vernommen und äußerte sich dahin, das Geld sei als Zuvwendung gedacht gewesen mit der einzigen Bedingung, davon das Begräbnis zu bestreiten, den Rest hätten Kacabas behalten können. Auch der Wortlaut des Briefes spricht für diese Annahme. So erachtete DR. Rvaplil als Einzelrichter die Anklage als unbegründet und sprach das Ehepaar frei, da in ihrer Handlungsweise noch keine Richtung ein strafbarer Tatbestand gefunden werden könne. rh.

DER GUT GEKLEIDETE HERR BESITZT MEHRERE PAAR SCHUHE.

Wenn der Frühling naht ergänzt er seine Garderobe, um für jede Gelegenheit den passenden Schuh zu besitzen.



Modell 1937-22
Schwarzer oder brauner Halbschuh aus festem Rindbox mit äusserst dauerhafter Gummisohle. Mit Ledersohle K2 59.- M-36



Modell 9837-21
Lock-Halbschuh für jedermann und jede Gelegenheit. Halbspitze Façon, in zwei Weiten erhältlich. Aus braunem Box K2 89.-



Modell 5637-59
Eleganter Herren-Halbschuh, mahagonifarben - reichhaltig perforiert. Probieren Sie diese unverbindlich in unserer Verkaufsstelle.



Modell 9977-27
Schwarzer Schnürschuh aus festem Box mit dauerhafter Kernledersohle. Halbspitze Façon. In feinerer Ausführung K2 89.-

In unseren Schuhen tragen Sie unsere Socken. Die Preise haben wir bedeutend ermässigt. Wir verkaufen: Baumwollsocken K2 3.-, glatte Garnsocken K2 5.-.

PRAGER ZEITUNG.

Drosselung des Filmimports?

In den letzten Tagen sichern immer mehr Gerüchte durch, daß das Handelsministerium die Einfuhr von ausländischen Filmen zu drosseln beabsichtigt; die näheren Details dieser Massnahme wurden offiziell noch nicht verlautbart, aber da das ganze unter dem Vorwand der Unterstützung des heimischen Kinofilms vor sich gehen soll, so ist wahrscheinlich, daß die Einfuhr fremder Filme künftig an die Erzeugung eines sogenannten „tschechischen“ Films gebunden sein wird und wenn man nach den Zeitungsberichten urteilt, so wird für je fünf eingeführte Filme ein tschechischer Film erzeugt werden müssen. Ob nun die Erzeugung heimischer Filme ausschließlich inländern vorbehalten bleiben wird oder ob es genügen soll, den Film in der Tschechoslowakei mit einheimischen Kräften zu drehen, ob die Produzenten den Nachweis der Staatsbürgerschaft werden erbringen müssen oder ob unter diesem neuerlichen Protektionismus nur die Tochtergesellschaften grosser Konzerne des fremden Kapitals werden weiterblühen, ist noch nicht festgestellt. Wenn man nach dem bisherigen Wirken der heimischen Produktion urteilen darf, so wird der Verdacht begründet sein, daß an dieser Zwangsproduktion vor allem Gesellschaften profitieren werden, deren Quelle nicht ausschließlich im heimischen Volk zu suchen ist. Aber wie dem auch immer sei: die beabsichtigte Kontingenterstellung ist rein ziffernmässig ein Unikum, wie es so leicht von unserem Handelsministerium nicht wieder wird geboren werden können.

Die Tschechoslowakei hat vergangenes Jahr 429 abendfüllende Filme mit einer Länge von 1.081.904 Metern aufgeführt; davon waren 27 heimische Produktionen mit einer Gesamtlänge von 67.590 Metern (wovon nur 18 mit circa 40.000 Meter im Jahre 1931 erzeugt wurden). Zieht man also diese schon erzeugten heimischen Filme von der Gesamtsumme ab, so bleiben 445 Filme mit 994.314 Meter Gesamtlänge. Um diese Menge einzuführen, müßten darum mindestens 89 Filme mit circa 790.000 Meter Länge erzeugt werden, wobei aber die volle Leistungsfähigkeit der heimischen Produktion bereits im vorhinem abgegraben wurde; um den heimischen Markt zu befriedigen, müßte darum die Produktion statt um das Siebenfache erhöht werden. Selbst wenn die neuen Kellerei am Barrandow in Prag im Frühjahr fertig wären, könnte die heimische Produktion nicht mehr als 40 abendfüllende Filme erzeugen — wobei ich nur an die technischen Möglichkeiten denke und gar nicht erwäge, wer denn diese Unmenge von Schwestern hervorzuheben sollte — es zeigt sich also schon an Hand dieser einfachen Uebersetzung, daß eine Kontingenterstellung in der beabsichtigten Art ein glatter Kauf ist. Dabei wurde bei dieser Berechnung nur Rücksicht genommen auf die abendfüllenden Filme mit einer Länge von circa 2000 Metern; was mit den ungezählten kleinen Lustspielen, Beiprogrammen, Trickfilmen, Wochenstunden zu geschehen hätte, kann überhaupt nicht zahlenmässig erfasst werden, nur so viel sei noch gesagt, daß auch in dieser Hinsicht eine Gesamtlänge von circa 600.000 Metern in Betracht kommt. Der präparierte Ertrag ist darum vollkommen unsehbar und wurde gewiß nur unter dem überharten Druck der heimischen Grossproduzenten in Erwägung gezogen. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum diese notleidenden Produzenten, die einen Palast nach dem andern errichten, die nach wie vor gerühmt ihre Dividenden bezahlen und trotz den immensen Verlusten ihre Tätigkeit immer mehr steigern, warum diese Gruppe von Unfallschadern, die ihre Unfähigkeit von Mal zu Mal schlagender beweisen, ein Monopol erhalten sollen. Der Staat kann kein

Interesse daran haben, daß sich die Privatproduktion durch derlei Protektionismus eine Position verschafft, die einer ungeheuren Millionenerente entspricht und die Unternehmer des Risikos entbeht, das nach kapitalistischer Doktrin doch der Staat zu allen Höchstleistungen ist. Nichts sei gegen die Förderung des heimischen Films eingewendet, wenn er nicht nur deshalb erzeugt wird, um einigen wenigen zu neuen Autos zu verhelfen; wenn der Staat schon ernstlich um die Kultur dieses wichtigsten Mittlers der Kunst besorgt ist, dann könnte nur eine gesamtstaatliche, planwirtschaftliche Produktion die Früchte zeitigen, die erstrebt werden. Die Drosselung der Einfuhr würde eine Gefährdung der Kinokunst und kleinen Verleiher, damit auch tausenderer Vertikaler bedeuten, die unnatürlich gesteigerte Produktion könnte andererseits nicht einen Bruchteil dieser mutwillig vernichteten Existenzen beschäftigen; das Projekt erscheint darum ganz unstatthaft und das Handelsministerium würde gut daran tun, sich mehr mit den Verbraucherkreisen als mit den Grossproduzenten über die Lage am Filmmarkt zu unterhalten.

§ 11. Im Fenster eines Gasthauses am Riegelski liegt ein weis-rotes lakiertes Bierglas mit der rätselhaften Aufschrift: § 11. Weder die Passanten noch die Gäste wissen, daß der § 11 dem Bierkonsum der verhafteten Bürgerschaft entstammt und lautet: Es wird fortgesetzt. Was der Wirt gewiß von allen seinen Gästen wünscht und was wohl das einzige an den „Burschen“ ist, das ihm imponiert.

Arbeiter-Abstinenz-Bund. (Ortsgruppe Groß-Prag)

Am 15. März, abends 7 Uhr findet im Lokal des Bildungsvereines deutscher Arbeiter in Prag II., Smolagasse 27, die diesjährige ordentliche

Generalversammlung

der „Ortsgruppe Groß-Prag des Arbeiter-Abstinenz-Bundes in der Tschechoslowakischen Republik“ statt.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls,
2. Berichte,
3. Wahlen,
4. Freie Anträge,
5. Freie Aussprache über Fragen der Arbeiter-Abstinenzbewegung.

Kunst und Wissen

Neues Deutsches Theater. Deuts: „Kabale und Liebe“; Anfang halb 8 Uhr (112-IV). — Morgen: „Madame Archiduc“; Wiederholung der mit durchschlagendem Erfolg gegebenen Offenbach-Operette; Anfang halb 8 Uhr (113-I). — Sonntag: „Fidelio“; Dirigent: Max Rudolf. Anfang halb 8 Uhr (114-II). — Montag: „Tiefland“ mit Fritz Langhosen a. G. in der Partie des Sebastian; Anfang halb 8 Uhr (115-III).

Kleine Bühne. Deuts: „Geschlossen“; Morgen: „Kopff in der Schlinge“; Anfang 8 Uhr (116). — Sonntag: Uraufführung „Fluchtverlyuch“; Lustspiel von Felix Jacobson. Der Autor wird der Premiere beiwohnen. In der Rolle der

Walds: Erika Joh vom Stadttheater St. Gallen. Anfang halb 8 Uhr. Erste Wiederholung: Montag, den 29. d.

„Die Braut von Torosgo“, Komödie von Otto Ludwig, wird als nächste Kvioliat für die kommende Woche vorbereitet.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Grete Fint und Walter Vogner zeigen allen Genossinnen und Genossen ihre am Samstag, den 27. Feber 1932 stattfindende Trauung an. 1439

Vorläge und Veranstaltungen

Für die de jure Anerkennung Rußlands

Die „Gesellschaft für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit dem neuen Rußland“ veranstaltete am Mittwoch in der Prager Produktionshalle eine öffentliche Kundgebung über die Wirtschaftsbeziehungen und Handelsverträge zwischen der CZE. und Rußland. Die Veranstaltung verlief vollkommen reibungslos, wenn auch unter besonders wohlwollender Polizeiaufsicht; es sprachen Persönlichkeiten verschiedenster Partei- und Wirtschaftslagerungen, die sich alle mit dem Phänomen beschäftigten, daß unsere Republik zwar mit allen europäischen Mächten normale, ja sogar freundschaftliche Beziehungen pflegt, aber fast gegenüber der russischen Diktatur eiskalte Momente ins Treffen führt, die ihr z. B. dem Volkswohlstand Rußlands gegenüber vollkommen mangeln. Alle Redner beschäftigten sich eingehend mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der CZE. und den Sowjets, die durch den verhängnisvollen Zustand zum Schaden der Gesamtwirtschaft geschädigt wären. Genosse Ing. Reha kritisierte die gegenwärtige Lage an Hand des Exportrückganges, das viel zu bürokratisch gehandhabt würde, um voll und ganz zu genügen und forderte eine baldige Erneuerung und wesentliche Erweiterung der Staatsgarantie, die seiner Ansicht nach ohne weiteres gegeben werden könne, weil bis jetzt noch jeder Schuldbeit der Rußen bezahlt wurde. Der Kommunist Dr. Stern beschäftigte sich mit der Auswandererbewegung, die sich immer mehr nach Rußland wende und verlangte eine Regelung der Auswanderungsbestimmungen. Die Redner Dr. Beranek, Dr. Galias und Ing. Pávek verwies auf die Außenhandelsstatistik und wies an Hand des Zahlenmaterials nach, daß unser Export nach Rußland trotz dem verhängnisvollen Zustande stetig steigt und daß darum eine Regelung unserer Beziehungen mit Rußland unbedingt notwendig sei. Redakteur Dr. Oswald von „Narodni Osvobození“ beschäftigte sich mehr mit dem sozialen Problem Rußlands und verlangte gerade von diesem Gesichtspunkte aus Intensivierung unserer kulturellen Beziehungen, weil eine objektive Aufklärung über die russische Arbeit und ihren Fortgang notwendig ist. Die sehr gut besuchte Versammlung nahm hierauf eine Resolution an, in der vor allem die de jure Anerkennung Rußlands und die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen gefordert wird. — 7. — 9.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 28. Feber: Zusammenkunft Endstation der Her-Elektrischen in Branik um 9 Uhr. Führer: Vojta. — Sonntag, den 6. März: Endstation der Her-Elektrischen in Hlubočep, Zusammenkunft um 8 Uhr nach Černošice. Führer: Groger. — Am 3. März Informationsvortrag: Prohaska über die Majaka.

Bata



Modell 9977-27
Schwarzer Schnürschuh aus festem Box mit dauerhafter Kernledersohle. Halbspitze Façon. In feinerer Ausführung K2 89.-

An unsere Postbezieher!

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zur Bezahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt.

Die Bezugsgebühr ist am Kopf des Blattes ersichtlich und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbeitrag muß spätestens bis zum 15. eines jeden Monats in unserem Besitze sein. Wir erlauben Sie, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des Blattes eintritt.

Die Verwaltung.

Literatur

Zeitschriftenabteilung des Bücherkreises! Die Buchgenossenschaft „Der Bücherkreis“, O. u. d. S., Berlin SW 61, die kürzlich ihre Buchhandelsverkaufspreise für Nichtmitglieder erheblich senkte, hat sich nunmehr entschlossen, auch die Beiträge für ihre Mitglieder sowie den Preis der Sonderbände für Mitglieder ab 1. Quartal 1932 herabzusetzen. Demnach beträgt der Monatsbeitrag nur noch RM 0,90, K2 7,20. Der Quartalsbeitrag beträgt daher nur noch RM 2,70, K2 21,60. Das ist auch der Preis für Sonderbände, wenn Mitglieder solche beziehen. Die neuen Werke des Bücherkreises, die in diesem Quartal erscheinen, werden übrigens in ihrer Ausstattung trotz der Verbilligung der Preise eine erhöhte Leistung darstellen. Daneben erhalten die Mitglieder noch die gut redigierte und vorzüglich ausgestattete Quartalszeitschrift. Außerdem werden den Mitgliedern noch sonstige Vorteile gewährt. Der Beitrag ist heute im Verhältnis zu den Leistungen als außerordentlich niedrig zu bezeichnen, und dürfte sicherlich viele Freunde des guten, sozialistischen Buches veranlassen, die Mitgliedschaft im Bücherkreis zu erwerben.

KINO-PROGRAMM vom 26. Feber bis 3. März 1932.

Wran-Urania-Kino
„Hilf!“, „Königliche Kunst“, „Der Mann, der sich nicht scheut“
24 Stunden aus dem Leben einer Frau.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschafft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Spatny)
Täglich Konzert PRAG II., Hybernská Nr. 7.

INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE GOETHE-FEIER

Auf dem Programm: Lieder von Beethoven und Schubert, Musik von Bach, Mysliveček, Beethoven (Eroica-Variationen), Rezitationen, Melodram; Gedenkreden. — Mitwirkende: Fine Reich (Karlsruhe); H. W. Süszkind; Walter Taub; Vojta Novák. — Redner: F. V. Krejčí; E. Franzel.

Karten von 12—3 Kč bei Optiker Deutsch, im „Sozialdemokrat“, in der „Gec“ und beim Portier des Lidový dům.

2. März
Städtischer Büchereisaal:

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Cernak, Prag. — Druck: „Koc“ K. G. in Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Doležal, Prag. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Fab. v. Lohmeyer in Prag mit Hilfe des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschafft. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Fab. v. Lohmeyer in Prag mit Hilfe des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschafft. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Fab. v. Lohmeyer in Prag mit Hilfe des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschafft. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Fab. v. Lohmeyer in Prag mit Hilfe des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschafft.